
Eine Typologie der Wirtschaftssysteme*

Der dreidimensionale Ansatz

Władysław Jermakowicz

Jede Wissenschaft ist bestrebt, die Objekte zu klassifizieren, mit denen die jeweilige Forschung sich beschäftigt. Ohne Klassifizierung wäre jedes Objekt einzigartig oder gleichartig und somit könnten keine generellen Hypothesen und Theorien aufgestellt werden.

Seit dem späten 18. Jahrhundert war in der ökonomischen Literatur die Ansicht ausgeprägt, daß die Unterschiede zwischen den verschiedenen Wirtschaftssystemen in erster Linie auf den Eigentumsverhältnissen der Produktionsmittel beruhen. Gemäß Marx glaubte man, daß die Systeme mit dominierendem Privateigentum als kapitalistisch bezeichnet werden können, und daß Systeme mit gesellschaftlichem Eigentum als sozialistisch zu gelten hätten. Als selbstverständlich galt dabei die Auffassung, daß Privateigentum in kapitalistischen Wirtschaftsordnungen das Wirken des Marktsystems und das Funktionieren des Wertgesetzes verursacht. Staatseigentum, das in sozialistischen Wirtschaftsordnungen besteht, bewirkt dagegen laut der marxistischen Literatur das Funktionieren der zentralen Planung und spielt für die planmäßige harmonische Entwicklung der sozialistischen Wirtschaft eine dominante Rolle¹.

Erst seit den vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts versuchte man anhand der Erfahrungen mit der planmäßigen Wirtschaft in der UdSSR und mit denen des Experiments der Kriegswirtschaft im Dritten Reich, Regulationsmechanismen wie Plan und Markt getrennt von den Eigen-

* Der Artikel wurde mit finanzieller Hilfe des Volkswagenwerkes geschrieben. Der Autor möchte sich bei Frau Dr. H. Hamel und Herrn Dr. R. Peterhoff von der Forschungsstelle zum Vergleich wirtschaftlicher Lenkungssysteme, Philipps-Universität Marburg sowie bei Herrn Dr. K. v. Delhaes vom J.-G.-Herder-Institut Marburg bedanken für die kollegiale Unterstützung bei der Durchsicht des Artikels und für das Anbringen kritischer Bemerkungen.

tumsverhältnissen zu analysieren. Es war ein Ergebnis der Tatsache, daß man schon Beispiele kannte, in welchen die zentrale Lenkung (Planung) im privaten Eigentum auftrat (Drittes Reich 1941–45) oder wo das staatliche Eigentum mit Marktmechanismen kombiniert wurde (NEP in Sowjetrußland 1921–27). Aufgrund dieser Beispiele gelangte man zu der These, daß Wirtschaftsordnungen sich wesentlich und primär aufgrund alternativer Planungssysteme und nicht zuerst aufgrund alternativer Eigentumsverhältnisse unterscheiden. Als erster hat W. Eucken (1950) diese These in den vierziger Jahren aufgestellt. Seither gilt er als der Vater des ordnungstheoretischen Ansatzes, der in der Bundesrepublik Deutschland hohes Ansehen genießt. Die Weiterentwicklung dieses Ansatzes erfolgte durch P. Hensel (1977). Beide Autoren haben die Rolle des Planungs- und Lenkungssystems herausgestellt und die Eigentumsverhältnisse in ihren Betrachtungen vernachlässigt. Ausgehend von Wirtschaftsplänen und deren Zustandekommen gelangt W. Eucken zu rein konstitutiven Grundformen: dem idealtypischen Wirtschaftssystem der verkehrslosen „zentralgelenkten Wirtschaft“ und dem Wirtschaftssystem der „Verkehrswirtschaft“. In der zentralgeleiteten Wirtschaft erfolgt die Lenkung des Wirtschaftsprozesses aufgrund der Pläne einer Zentralstelle, in der Verkehrswirtschaft dagegen aufgrund der Pläne vieler Einzelwirtschaften. K. P. Hensel hat die zentral geleitete Wirtschaft als Wirtschaft mit zentraler Planung und die Verkehrswirtschaft als Wirtschaft mit dezentraler Planung bezeichnet.

In den sechziger Jahren begann die Entwicklung der Wirtschaftssystemtheorie in zwei Richtungen zu gehen. In der Bundesrepublik Deutschland wird der sogenannte *kombinierte* Ansatz angewandt. Man kritisierte die Ordnungstheorie von Eucken und Hensel als eine idealtypische Verengung der Realität der Verbindung mit einer Überbetonung der Planungs- und Lenkungssysteme sowie der Vernachlässigung der Eigentumsverhältnisse. Autoren wie Gernot Gutmann (1981) Helmut Leipold (1985) und Armin Bohnet (1985) versuchten die Eigentumsverhältnisse mit der Art der Regulation zu kombinieren. Die beiden ersten Autoren unterscheiden drei Typen des Eigentums: das Privateigentum, das Staatseigentum und das Gesellschaftseigentum. Sie kombinieren diese Typen mit der zentralen bzw. der dezentralen Planung.

Die zweite Richtung, der sogenannte *kontinuierliche* Ansatz, ist in letzter Konsequenz eine Fortsetzung des ordnungstheoretischen Ansatzes und wird mehr in der Fachliteratur der sozialistischen Länder vertreten. Der letztgenannte Ansatz beruht auf der Annahme, daß es zwei extreme Systeme der Regulation gibt, z. B. die *zentrale* Planung und Leitung sowie die *dezentrale* Planung und Leitung oder Plan und Markt, und daß zwischen diesen eine unübersehbare Anzahl von Zwischenformen denkbar ist.

Als Vertreter dieses Ansatzes können Namen wie Jan Drewnowski (1947), Włodzimierz Brus (1961/1971), Paweł Sulmicki (1971), Janos Kornai (1974) genannt werden. Im Westen sind z. B. Carmello Mesa

Lago (1972) und Egon Neuberger bzw. William Duffy (1976) Repräsentanten dieser Auffassung.

Die Anwendung des zuerst erwähnten kombinierten Ansatzes bereitet in der Praxis viele Schwierigkeiten. Sie resultieren sowohl aus der Vielfalt der verwendeten Kategorien als auch aus deren Selektion bei der Klassifizierung von Wirtschaftssystemen.

K. Paul Hensel beschreibt die angesprochene Problematik sehr eingehend. Seiner Meinung nach ist „morphologisch gesehen . . . jede wirtschaftliche Gesamtordnung eine Kombination von Ordnungsformen und deren jeweiligen elementaren Ausprägungen. Nach dem gegenwärtigen Stand der ordnungstheoretischen Forschung sind folgende Ordnungsformen bekannt: Planungssysteme, Formen des Eigentums, der Unternehmungen, der betrieblichen Ergebnisrechnung, der Geldwirtschaft und der Märkte. Von allen diesen Ordnungsformen“ – fährt Hensel fort – „gibt es je nur eine übersehbare Zahl von Elementarformen. Wir sprechen von zwei Systemen der Planung wirtschaftlichen Geschehens; es ist üblich, zwischen privatem und öffentlichem Eigentum an wirtschaftlichen Gütern zu unterscheiden; in unserer Rechtsordnung sind etwa 25 Unternehmensformen des privaten oder öffentlichen Rechts kodifiziert; wichtig sind die Formen der betrieblichen Ergebnisrechnung . . . im Sinne des Gewinnprinzips, des Prinzips der Planerfüllung, des Bruttoeinkommensprinzips und des Haushaltsprinzips.“ (Hensel 1977, S. 226) Wie Hensel zu Recht feststellt, ergibt die Kombination all dieser Elementarformen eine unübersehbar große Zahl morphologisch möglicher Wirtschaftssysteme, deren Typologisierung und Vergleich hinsichtlich ihrer Eigenarten und Unterschiede schlechthin unmöglich sei bzw. eine tiefergehende Analyse der Eigenarten von Wirtschaftssystemen voraussetze.

In der Wissenschaft, wie erwähnt, begnügen sich die Autoren in der Regel mit der Anwendung von zwei oder drei Bestimmungskategorien und analysieren solche Kombinationen wie die Dominanz der Eigentumsformen, zentrale bzw. dezentrale Planung, Dominanz der Willensbildung oder andere. Als Resultat dieses Vorgehens erhält man vier, sechs oder acht verschiedene Kombinationen, die, obwohl sie grundsätzlich zur Typisierung der Vielfalt der Systeme ausreichen, nicht die Unterschiede zwischen verschiedenen Systemen im Rahmen einer Kombination deutlich machen, z. B. treten im Rahmen der Kombination „dezentrale Planung und Wirtschaftseigentum“ so verschiedene Wirtschaftssysteme wie das System der USA, Österreichs und Indiens auf. Daß diese Systeme sich unterscheiden, scheint offensichtlich zu sein. Diese Unterschiede können aber nicht bei der Anwendung des kombinierten Ansatzes aufgezeigt und geklärt werden.

Die Schwierigkeiten bei der Anwendung der Typologie der Wirtschaftssysteme mittels der verschiedenen Kategorien haben den Verfasser ermutigt, den zweiten Ansatz zu verfolgen, der auf der Annahme der Kontinuität der Wirtschaftssysteme basiert. Nach Auffassung des Verfassers erlaubt dieser Ansatz den Vergleich aller Systeme wie auch die graphische Darstellung ihrer Dynamik im zeitlichen Ablauf.

1. Versuch der Definition des Wirtschaftssystems

In dieser Arbeit wird ein Wirtschaftssystem als ein gesellschaftlich etablierter Mechanismus zur Lösung ökonomischer Fragen definiert. Dieser Mechanismus bestimmt, wer, wann, wo, mit welchen Mitteln und für wen ökonomische Entscheidungen in der Volkswirtschaft zu treffen hat. Das Wirtschaftssystem wird hier also als rein ökonomisch-technisches System betrachtet, das der Verwirklichung gesellschaftlicher Ziele dient. Das so definierte Wirtschaftssystem wird in der Arbeit:

- a) als eine Menge von Basis- und Verwaltungseinheiten gesehen,
- b) die sich in einem Land befinden,
- c) die unter dem Gesichtspunkt ihrer Tätigkeit im Produktionsbereich auftreten,
- d) die abgesehen von den Eigentumsverhältnissen betrachtet werden und
- e) die durch den Austausch von Produkten und Informationen verbunden sind.

zu a) Aus diesem Ansatz resultiert, daß die Grundeinheiten des Wirtschaftssystems die Basiseinheiten (Produktions- und Konsumtionssubjekte) und Verwaltungseinheiten sind. Die Basiseinheiten erbringen materielle Güter, Dienstleistungen und Werte. Sie besitzen einen eigenständigen Versorgungsmechanismus, das bedeutet, sie versorgen sich selbst, sowie sie auch die Arbeitskraft selbst stellen. Das führt dazu, daß Basiseinheiten hergestellte Güter und Dienstleistungen verkaufen, und für die dafür erhaltenen Mittel kaufen sie Produktionsmittel, die für die weitere Produktion benötigt werden. Die Basiseinheiten stellen zwei Typen der Einheiten dar, sie kommen aus den Betrieben und aus den Haushalten.

zu b) Bei der Erarbeitung der Begriffsdefinition „Wirtschaftssystem“ muß auch der entsprechende *geographische Raum* mit berücksichtigt werden. Es wird angenommen, daß bestimmte Wirtschaftssysteme bestimmten Ländern zuzuordnen sind. Unter diesem Gesichtspunkt geht es immer um das System der Nationalwirtschaft, obwohl man genausogut über das Wirtschaftssystem des Gemeinsamen Marktes (EG) oder über das Wirtschaftssystem einer bestimmten Region oder Branche sprechen könnte. Eine solche Begrenzung auf ein bestimmtes Land bezogen, schließt aber nicht die Verbindungen zur Außenwelt, d. h. zu anderen Wirtschaftssystemen anderer Länder aus. In diesem Sinne geht es hier um ein offenes System. (Siehe auch L. Balarowicz, 1978)

zu c) Weiterhin wird angenommen, daß das zu beschreibende Wirtschaftssystem nur einige Komponenten des beschriebenen Landes umfaßt, d. h. nur die Komponenten, die eine *wirtschaftliche Aktivität* aufzeigen. Man nimmt an, daß Menschen und Organisationen, die gleichzeitig Komponenten des Landes sind, nur dann Elemente des Wirtschaftssystems darstellen, wenn sie Produk-

tions- und Leistungsfunktion oder Konsumtionsfunktion im Bereich der Produktion und der Dienstleistungen vorweisen. Daraus resultiert wiederum, daß Organisationen und Menschen nur partiell am Wirtschaftssystem beteiligt sind, und zwar gemäß ihrem wirtschaftlichen Rollenverhalten, d. h. in der Rolle der Produzenten, der Konsumenten oder in der Rolle der Wirtschaftspolitiker. Folglich ist die politische Zentrale, d. h. Regierung, das Parlament usf. nur ein Element des Wirtschaftssystems, indem sie wirtschaftspolitischen Einfluß auf die Ökonomie eines Landes nimmt.

- zu d) Die Formen der *Eigentumsverhältnisse* werden außer acht gelassen. Das Wirtschaftssystem wird hier als eine Menge von Grundsubjekten betrachtet, gleichgültig ob diese Subjekte dem Staat, den Genossenschaften, den Arbeiterräten oder den privaten Personen zugerechnet werden. Aus diesem Grunde wird nicht von der marxistischen Theorie von der Abhängigkeit des Wirtschaftssystems von den Eigentumsverhältnissen ausgegangen, wie auch nicht von dem populären Ansatz der „Property Rights“.
- zu g) Zwischen den Grund- und Verwaltungssubjekten bestehen *Verbindungen*. Man nimmt an, daß zwischen den Grundsubjekten ein Güteraustausch und ein Austausch von Dienstleistungen sowie auch ein Austausch von Informationen stattfindet. Ein Austausch von Informationen geht sowohl im internen Bereich der Verwaltungssubjekte vor sich wie auch zwischen den verschiedenen Verwaltungs- und Grundsubjekten. Die inneren Verbindungen zwischen diesen Subjekten erlauben die Komponenten des Systems als Ganzes zu betrachten und diese Verbindungen als ständige konstitutive Elemente der Organisationsstruktur des Systems anzusehen.

Die Verwaltungseinheiten hingegen beschäftigen sich mit Regulationsprozessen, d. h. mit der Lenkung der Basiseinheiten. Die Verwaltungseinheiten werden mit Informationen versorgt und geben eigene Informationen weiter. Diese Einheiten werden entweder durch den Staatsetat, also durch das höchste Verwaltungssubjekt oder unmittelbar durch die Basiseinheiten finanziert.

Anhand aller diese Beschränkungen kann man den Versuch unternehmen, auch die Subsysteme des so definierten Wirtschaftssystems zu bestimmen.

Es wird angenommen, daß jedes Wirtschaftssystem aus folgenden Komponenten besteht:

- 1) dem Subsystem der Organisationsstruktur, das alle oben erwähnten Grund- und Verwaltungssubjekte enthält und das die ständigen Verbindungen zwischen diesen Subjekten sichert, und
- 2) dem Subsystem der Regulationsinstrumente, die entweder einen Mechanismus der Zentral- oder der Selbststeuerung(-lenkung) widerspiegeln. Das Skelett bildet das Organisationssystem, in dem sich die Regulationsprozesse abspielen. Wie im folgenden noch gezeigt werden wird, besteht zwischen diesen Subsystemen ein enger

Zusammenhang. Dies bedeutet, daß Veränderungen im Organisationssystem auch Veränderungen im Regulationssystem verursachen.

2. Vom zweidimensionalen zum dreidimensionalen Ansatz

Der Mißerfolg der Klassifikationen der Wirtschaftssysteme, die auf privatem bzw. staatlichem Eigentum beruhen, hat viele Forscher veranlaßt, die Lösung des Problems in den Wirtschaftsmechanismen zu suchen. Es ging um die Analyse der Planungsprozesse, der Marktprozesse oder um die kontinuierliche Analyse des Zusammenhangs von Plan und Markt in einem Gesamtmodell. Da zwei Dimensionen Plan und Markt gegenübergestellt wurden, kann man diesen Ansatz als zweidimensionalen Ansatz bezeichnen. Dieser kontinuierliche zweidimensionale Ansatz hat sehr lange das ökonomische oder das systemtheoretische Denken geprägt und wird noch heute von vielen Autoren vertreten. Man glaubte, daß zwischen diesen beiden Kategorien Plan und Markt, aus denen ein Wirtschaftssystem besteht, ein reziproker Zusammenhang linearen Charakters existiert. Am einen Ende des Spektrums ist eine planmäßige, mehrschichtige, hierarchische zentralgelenkte Ordnung festzustellen, am anderen Ende dagegen eine antihierarchische, einschichtige Organisationsordnung (Modell Idealtyp), die nur die Marktregulation ausnutzt. (Siehe Tabelle 1) Die generellen Unterschiede zwischen beiden Grenzmodellen sind in der Tabelle 1 dargestellt.

Tabelle 1

Die Unterschiede zwischen dem zentralgelenkten und dem marktorientierten Modell

Eigenschaft	Das zentralgelenkte Modell (Plan)	Das marktorientierte Modell (Markt)
1. Die Wirtschaftsprozesse werden reguliert	durch die zentralen Staatsorgane	durch den Markt
2. Das Grundsubjekt des Wirtschaftssystems	die ganze Wirtschaft Staatsmonopol	der Betrieb und der Haushalt
3. Anzahl der Wirtschaftsebenen	mehr als eine, ein mehrstufiges Wirtschaftssystem	eine, ein einstufiges Wirtschaftssystem
4. Charakter der Verbindungen	vertikale Verbindungen Informationsfluß von oben nach unten und umgekehrt	horizontale Verbindungen Informationsfluß zwischen den Subjekten der gleichen Ebene
5. Art der Informationsübermittlung durch den Staat	direkte oder indirekte Steuerung gerichtet auf Subjekte oder Objekte (Produktion)	die allgemeine nicht auf Subjekte oder Objekte differenzierte Information; keine Ausnahmen; alle Subjekte handeln im gleichen Umfeld; keine Steuerung.

Die Vorstellungen von einem bestehenden reziproken Zusammenhang zwischen den Kategorien Plan und Markt haben sich aber in der wirtschaftlichen Praxis nicht bewährt. An den Beispielen der Wirtschaftsreformen in der ČSSR 1965–1969, Ungarns 1968–1981, Polens 1973–1975 und 1981 läßt sich ein unerwartet aufgetretenes Phänomen erkennen. Dieses Phänomen besteht darin, daß eine Dezentralisierung der zentralgelenkten Regulation in keinem der genannten Fälle zum Anwachsen des Einflusses der Marktregulation auf den Prozeß der Entscheidungsfindung in den Betrieben führte. Während des „Prager Frühlings“ wurden nicht mehr als 13 Prozent der Preise durch den Markt bestimmt, in Polen wurde zu Zeiten der Reformphasen die Grenze von 10 Prozent nicht überschritten bezogen auf die Preise, die durch das Marktgeschehen gebildet wurden. In Ungarn, in dem Land, das als „marktsozialistisch“ bezeichnet wird, wurden 18 Prozent der Preise, die sich als Ergebnis des Spiels zwischen Angebot und Nachfrage ergaben, durch das Marktgeschehen gebildet. Man reformierte zwar, doch in keinem der geschilderten Fälle kam es zu einer echten Verschiebung des Systems in Richtung Marktorientierung. Diese Tatsache hat den Verfasser zu der Überlegung veranlaßt, daß sich alle Systemveränderungen in den osteuropäischen Ländern im Rahmen der zentralgelenkten Regulation abspielen und daß es daher notwendig ist, die zentralgelenkte Regulation unter dem Aspekt zweier verschiedener Regulationstypen zu betrachten. Man kann also von einer unmittelbaren bzw. von einer mittelbaren Regulation sprechen.

Dank der Unterscheidung der zentralgelenkten Regulation in zwei Typen der Regulation erhält man drei Typen der Regulation, die in jedem Wirtschaftssystem zutage treten:

- a) die unmittelbare Regulation
- b) die mittelbare Regulation
- c) die Selbst-(Markt)regulation

Näher betrachtet bedeutet das, daß die *unmittelbare Regulation a)* auf der Übermittlung der Information zwischen den oberen und unteren Instanzen des Wirtschaftssystems beruht. Das Wesen dieses Regulationstyps besteht darin, daß die Informationen an bestimmte Subjekte, d. h. an bestimmte Betriebe oder an bestimmte Haushalte gerichtet werden. Sie haben einen „adressierten“ Zwangscharakter und berücksichtigen nicht die Art der Produktion, die durch dieses bestimmte Subjekt hergestellt wird. Dieser Regulationstyp ist gekennzeichnet durch vertikale dienstliche Verbindungen, die einen direktiven Charakter haben.

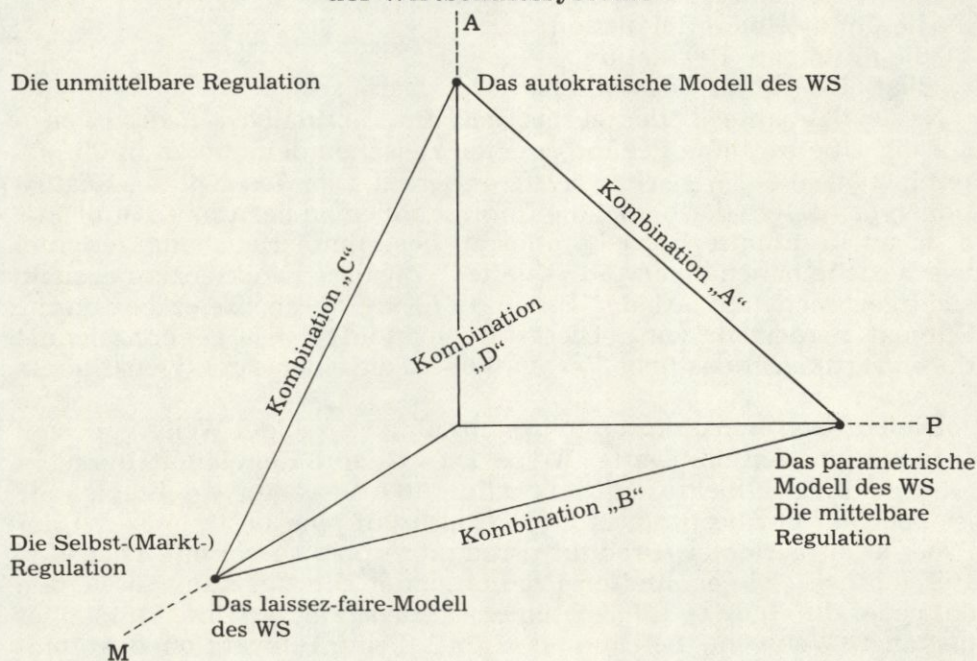
Die *mittelbare Regulation b)* besteht hingegen in der Weitergabe von Informationen in chiffrierter Weise. Dies ist eine Regulation, die nicht an bestimmte Subjekte, d. h. an bestimmte Adressaten gerichtet ist. Sie ist aber auf ein bestimmtes Objekt, also auf eine bestimmte Art der Produktion gerichtet (Produkt, Produktgruppe, bestimmte Dienstleistungen usw.). Die erwähnten Produkte oder Dienstleistungen werden entweder durch diese Informationen (Preisparameter) unterstützt oder begrenzt. Wenn ein bestimmtes Subjekt eine Subvention bekommt

mangels Effektivität oder aufgrund einer ungünstigen Preisstruktur, dann tritt eine Art unmittelbarer Regulation auf. Wenn jedoch für eine Produktionsart eine Verminderung der Steuersätze oder eine Reduzierung des Kredits vorgesehen ist, dann gehört das Instrument zur mittelbaren Regulation. Bei dieser Form der Regulation werden in erster Linie die Querverbindungen genutzt, die einen funktionalen Charakter haben. Diese Verbindungen haben keinen direktiven Charakter und die Informationen, die durch sie übermittelt werden, bilden ein Umfeld, in dem der Betrieb selbst eigene Entscheidungen fällt. Die *Marktregulation* c) dagegen funktioniert unabhängig vom Willen und den Methoden, die das Zentrum bei seinem Handeln zur Anwendung bringt. Die Marktregulation besitzt einen eigenen Mechanismus. Die charakteristischen Eigenschaften dieses Mechanismus sind die Preisbewegungen, die zu einem Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage führen. Die Preise sind gleichzeitig Informationen für die Produktions- und Konsumtionsindividuen, indem sie Arbeitsaufwand und die relative Knappheit der Güter anzeigen. Die Marktregulation reguliert die Verteilung der Produkte, die Allokation der Produktionsfaktoren, die Allokation der Investitionen wie die Bereiche des technischen Fortschritts. Das wichtigste jedoch ist, daß die Marktregulation als selbstregulierender Mechanismus funktioniert.

Diese drei Regulationen bilden eine Basis für eine dreidimensionale Klassifikation aller möglichen Wirtschaftssysteme.

Darstellung 1

Der dreidimensionale Ansatz zur Klassifikation der Wirtschaftssysteme



Wie aus der Darstellung 1 zu ersehen ist, besteht jedes Wirtschaftssystem aus drei Formen (Typen) der Regulation, die in verschiedenem Maße Einfluß auf das Verhalten der Betriebe ausüben. Die verschiedenen Wirtschaftssysteme unterscheiden sich durch die Anteile der verschiedenen Arten der Regulation. Dies bedeutet auch, das jedes reale System auf dem Feld zwischen A, M und P lokalisiert werden kann.

Theoretisch gesehen können wir uns aber Wirtschaftssysteme vorstellen, die sich auf nur einen Regulationstypus stützen. Es handelt sich dabei um sogenannte „reine“ Wirtschaftssysteme.

Gehen wir intensiver auf diese Problematik ein.

3. Die Charakteristik der „reinen“ Modelle der Wirtschaftssysteme

Der Begriff „reines“ Modell des Wirtschaftssystems bezeichnet ein System, in dem nur eine Art der Regulation vorhanden ist und keine anderen Elemente der anderen Regulationstypen auftreten.

a) Das autokratische Modell des Wirtschaftssystems

Strukturelles Subsystem

Die Idee eines autokratischen Modells ist rein spekulativer Natur. Bei der Annahme einer solchen Idee geht man von der Prämisse aus, daß in einem solchen Modell nur ausschließlich vertikale Verbindungen existieren. Das bedeutet gleichzeitig, daß in diesem Modell die Einlinienstruktur auftritt, wo jedes Grundsubjekt nur durch eine einzige „Linie“ (vertikale Verbindung) mit allen ihm vorgesetzten Instanzen, d. h. Administrationssubjekten verbunden ist. Der Grundgedanke dieses Systems besteht darin, daß ein Grundsubjekt nur von einem einzigen direkten Vorgesetzten (Vereinigung, Industrieministerium, Plankommission) Planaufgaben erhält und Kompetenzen zugewiesen bekommt und ihm allein für die richtige Erfüllung dieser Aufgaben verantwortlich ist. Jede höhere Instanz hat sich streng an die Grenze ihres Kompetenzbereiches zu halten und – theoretisch betrachtet – sollen keine Zwischeninstanzen übergangen werden.

Die Organisationsstruktur dieses Modells ist bestimmt durch die Vielstufigkeit der Lenkungsebenen (große vertikale Leitungsspanne) wie auch durch die geringe Anzahl der untergeordneten Einheiten, die pro gegebene Leitungsposition auftreten (die geringe horizontale Leitungsspanne).

Als Zentrum des Wirtschaftssystems kann die Regierung (das Ausschußkomitee der Regierung, das Präsidium der Regierung) gelten.

Dem Zentrum direkt untergeordnet sind die Industrieministerien. Unter ihnen stehen die Zentralbehörden der verschiedenen Industriebranchen, dann folgen die Vereinigungen der Betriebe, also die Grundobjekte der Leitung. Diese Struktur ist nach dem Produkt-(Bran-

chen)prinzip geordnet. Genau genommen verändert sich dieses Grundprinzip der Ordnung auf den verschiedenen Ebenen der Wirtschaft. Die Ministerien werden nach Abteilungen der Nationalwirtschaft gegliedert, die Industrieministerien nach Produktionszweigen, die Zentralbehörden nach Industriebranchen, die Vereinigungen nach Produktionsgruppen und die Betriebe nach dem Produktprinzip, d. h., daß in einer reinen Struktur ein Betrieb nur ein Produkt produzieren kann.

Die Ein-Linien-Struktur charakterisiert sich durch den universalen Charakter der Leitung. Die Regierung, der Industrieminister, der Generaldirektor der Zentralverwaltung, der Direktor der Vereinigung sind verantwortlich für die gesamte Tätigkeit der untergeordneten Einheiten. Es gibt keine Spezialisierung der Leitung. Der Leiter ist gleichzeitig verantwortlich für die Produktion, die Forschung und Entwicklung, für die Absatzpolitik usw. In solch einem Modell weist die Organisationsstruktur auf allen Ebenen die gleiche Gliederung auf. Dies wiederum bedeutet, daß auf allen Ebenen die gleichen Abteilungen auftreten. Es ist vollkommen klar, daß diese Homogenität der Strukturformen das Vorgehen der Zentralleitung vereinfacht. Dies heißt, daß z. B. dem Leiter der Kaderabteilung in den Ministerien die Leiter aller Kaderabteilungen in den Zentralbehörden, Vereinigungen und Betrieben untergeordnet sind. In solch einer homogenen Struktur weiß man genau, wer wem untergeordnet ist und wer wem Befehle bzw. Anordnungen geben kann.

Wenn in diesem System irgendwelche funktionale Organe auftreten, dann sind sie der Linienstruktur untergeordnet.

Das instrumentale Subsystem

Im autokratischen System werden alle wichtigen Entscheidungen von der höchsten Wirtschaftsinstanz getroffen und die Rolle der Ministerien, der Zentralbehörden, Vereinigungen, Unternehmenszusammenschlüsse wird auf die Weiterübermittlung der auf höchster Ebene des Lenkungssystems getroffenen Entscheidungen beschränkt. Die ganze Nationalwirtschaft wird in diesem System wie ein großer Nationalbetrieb betrachtet, wie eine Einzelwirtschaft. Die Tätigkeit dieser Einzelwirtschaft ist auf ein Hauptziel ausgerichtet. Dieses Hauptziel wird durch die Veranstaltung großer zentraler Aktionen erreicht. Es geht z. B. um zentrale Kampagnen wie die Gewinnung eines Krieges, um den Kampf um die Durchführung der „Kulturrevolution“, um den „Großen Sprung“ usw. Es gibt in diesem Sinne keinen bilanzierten und präzise strukturierten Zentralplan, der die Tätigkeiten aller Einheiten bestimmt. Die Entscheidungen werden laufend auf der Basis der Idee der Kampagne getroffen, die durch die Zentralbehörden gelenkt wird. Zu dieser Lenkung benutzen die Zentralbehörden die unmittelbaren Instrumente.

Die Instrumente bestehen aus:

- a) Direktiven, die den Output der Subjekte, d. h. die Produktions- und Dienstleistungen der Individuen bestimmen,
- b) den Zuweisungen an Produktionsmitteln, an Arbeitskraft und an

Tab. 2: Die Eigenschaften des autokratischen, des parametrischen u. des Laissez-faire-Modells der Wirtschaftssysteme

Subsysteme	Modelle	Autokratisches Modell	Parametrisches Modell	Laissez-faire-Modell
Subsystem der Organisationsstruktur	1. Hauptcharakter der Verbindungen	Ausschließlich vertikale Verbindungen	Ausschließlich Querverbindungen	Ausschließlich horizontale Verbindungen
	2. Strukturelle Konfiguration des Lenkungsorgans	Linien-Struktur Regierung – Zentrum Industrieministerien Hauptbehörde Zentralverwaltungen Betriebe	Funktionale Struktur Regierung – Zentrum Funktionale Ministerien Betriebe	Organische Struktur Regierung Unternehmen
	3. Kriterien, die die Aufgliederung der Organisationsstruktur bestimmen	Objekt-(Produkt-)kriterium. Die Struktur wird aufgeteilt in Wirtschaftsabteilungen (Industrie, Landwirtschaft, Kommunikation, Handel, usw.), Industriezweige, Industriebranchen, Produktgruppen und Produkten.	Funktionsgliederung. Die Hauptfunktionen: Planung, Finanzwirtschaft, Internationaler Handel, Beschäftigung usw.	Kriterien nicht vorgegeben. Entwicklung der Struktur spontan. Interessengruppen, die sich selbst bilden und entwickeln.
	4. Die Hauptebenen der Wirtschaftssysteme	a) Präsidium der Regierung (politisches Zentrum) b) Industrieministerien c) Zentralverwaltungen d) Vereinigungen der Betriebe e) Betriebe	a) Parlament b) Regierung mit funktionalen Ministerien c) Betriebe	Unternehmen
Subsystem der Organisationsstruktur	5. Anzahl von Leitungsebenen im Wirtschaftssystem	Hoch, mehr als drei. Mehrstufiges, hierarchisches System dominiert.	Mittel, nicht mehr als drei. Zweistufiges System dominiert.	Keine Leitungsebenen oberhalb des Unternehmens. Einstufiges System.
	6. Grundelement der Wirtschaftsinstitutionelle Form	Nationalwirtschaft als Ganzes. Wirtschaftssystem	Ein – Produkt – Betrieb	Unternehmen
	7. Anzahl der Industrieministerien	Große Anzahl; gleich der Anzahl der Industriezweige.	Keine Industrieministerien	Keine Industrieministerien
	8. Hauptkompetenzen der Industrieministerien	a) Übermittlung von Regierungsdirektiven von oben nach unten, b) Kontrolle der Einhaltung der Direktiven, c) strenge Kaderpolitik als Wesen der Leitung.	Nicht vorhanden	Nicht vorhanden
	9. Anzahl von funktionalen Ministerien	Keine funktionalen Ministerien	Große Anzahl funktionaler Organe	Keine funktionalen Ministerien in dem Wirtschaftsbereich
	10. Art der funktionalen Organe	—	a) Finanzministerium; b) Arbeits- u. Lohnministerium; c) Preisministerium; d) Nationalbank; e) F&E-Ministerium; f) Planministerium; g) Außenhandelsministerium; h) Zollbehörde; i) Investitionsministerium	—
	11. Kompetenzen der funktionalen Ministerien	Nicht vorhanden	Lenkung der Wirtschaftsprozesse in bestimmten Funktionen mit Hilfe vom Preisparameter.	Es wird unterstellt, daß die Erhebung der notwendigen Steuern „neutral“ wirkt.
Subsystem der Instrumente der Regulation	12. Art der Regulation	Die unmittelbare Regulation	Die mittelbare Regulation	Die Selbstregulation
	13. Art der staatlichen Einflüsse (Zentrums)	Auf ein bestimmtes Subjekt, d. h. auf Betriebe, Haushalte gerichteter Einfluß Subjektbezogener Einfluß	Auf bestimmtes Objekt, d. h. auf die Art der Produktion gerichteter Einfluß. Produktionsbezogener Einfluß	Einflüsse ggf. über die Gestaltung der Rechtsordnung.
	14. Instrumente des Wirtschaftszentrums auf das Verhalten der Betriebe	Unmittelbare Instrumente des Einflusses a) Direktiven, Produktionskontingente (Outputorientierte Instrumente), b) Zuteilung von: – Rohstoffen, – Arbeitskraft – Produktionsmitteln (Inputorientierte Instrumente)	Mittelbare Instrumente des Einflusses. Die Preisparameter, d. h. zentral festgelegte Preise für: – Produkte, – Lage (Renten), – Kredit (Zinsen), – Valuta (Wechselkurse), – Erlaubnis für Import (Zoll), usw.	Allgemeine Normen des Handelns, die gleich für alle Subjekte und gleich für jede Art der Produktion sind.
	15. Die Rolle der Preise	Keine. Alle Transaktionen sind in physischen Einheiten dargestellt (Naturalwirtschaft).	Preise werden vom Zentrum als Einflußparameter genutzt (zentral gelenktes Preissystem).	Preise gestalten sich auf dem Markt und spiegeln die relative Knappheit der Güter wider (freies Preissystem).
	16. Der Grad der Souveränität der Betriebe	Nicht vorhanden. Alle Entscheidungen werden im Wirtschaftszentrum getroffen.	Volle Souveränität, mit Ausnahme von Preisgestaltung.	Volle Souveränität, begrenzt nur durch die Rechtsordnung.
	17. Der Grad der Souveränität des Konsumenten	Keiner. Totales Rationierungssystem	Volle Souveränität mit Ausnahme der Vertragsfreiheit bezüglich Preisgestaltung.	Volle Souveränität

finanziellen Mitteln an bestimmte Produktionssubjekte, wodurch der Input dieser Subjekte bestimmt wird, und

- c) allen administrativen Verboten und Geboten, die von der Zentrale ausgehen und sich an bestimmte adressierte Individuen richten.

Die unmittelbaren Instrumente sind dadurch charakterisiert, daß sie sich an ein bestimmtes Subjekt richten, also Empfangscharakter haben. Sie werden auch nicht in Wertmengen, sondern in Naturaleinheiten ausgedrückt. Die Verbote und Gebote werden dagegen verbal formuliert. Die Konsumenten und Betriebe können nicht souverän handeln, es besteht keine Freiheit in der Produktwahl und auch keine freie Arbeitsplatzwahl. Jeder Betrieb bekommt bestimmte Kontingente, Rohstoffe, Produktionsmittel, Arbeitskräfte zugewiesen, genauso wie jeder Haushalt Lebensmittelrationen erhält, die gegen Kupons abgegeben werden. Die zentrale Leitung ist so radikal, daß es dem einzelnen verboten ist, zugewiesene Konsum- und vor allem Produktionsmittel gegen andere Konsumgüter und Produktionsgüter auszutauschen. In diesem Modell weist die Zentralstelle jedem seinen Beruf und seinen Arbeitsplatz zu. Alle Mitglieder der Organisation werden dem Willen des Leiters bzw. seinen Entscheidungen untergeordnet. Der Arbeiter kann seinen Willen auch nicht bei der Wahl des Arbeitsplatzes zur Geltung bringen. In dem beschriebenen System funktioniert kein Geldumlauf. Die Produkte werden gegen Produkte oder Dienstleistungen getauscht.

Die wichtigsten Eigenschaften des autokratischen Modells sind in der Tabelle 2 dargestellt worden.

b) Das parametrische Modell des Wirtschaftssystems

Das strukturelle Subsystem

Ein weiteres „reines“ Modell, das nur auf den funktionalen Querverbindungen² basiert, ist das sogenannte parametrische Modell des Wirtschaftssystems. Diese Querverbindungen bilden eine funktionale Struktur der Wirtschaft. In diesem Modell herrscht eine zweistufige Organisationsstruktur. Die Regierung bildet zusammen mit den funktionalen Ministerien die Zentralebene; die niedrigste Ebene bilden die Betriebe und Haushalte. Die Struktur des Zentrums des Wirtschaftssystems besteht aus den sogenannten funktionalen Ministerien. Diese Ministerien sind nach verschiedenen Funktionen gegliedert. Jedes dieser Ministerien hat eine Funktion zu erfüllen. Jedes von ihnen ist auch verantwortlich für die Einhaltung des Gleichgewichts in seinem Funktionsbereich, z. B. das Finanzministerium ist verantwortlich für die Einnahmen und Ausgaben des Staatshaushaltes, das Preisfestsetzungsministerium für das Gleichgewicht auf dem Produkt- und Konsummarkt, das Außenhandelsministerium für das Gleichgewicht des internationalen Warenaustausches, die Nationalbank für das Gleichgewicht zwischen Kreditvergabe und vorhandenem Sparvolumen. Das Investitionsministerium oder das Ministerium für technischen Fort-

schritt ist zuständig für das Gleichgewicht zwischen der Höhe der Investitionen und dem vorhandenen Sparvolumen. In diesem Modell üben die Industrieministerien keinen Einfluß auf den Ablauf der Wirtschaftsprozesse aus.

– *Das instrumentale Subsystem*

Jedes der funktionalen Zentralorgane bereitet einen eigenen funktionalen Plan vor, die Preise bilden die ausschließliche Form der Instrumente, mittels derer die Staatsorgane das angemessene Verhalten der Grundsubjekte erzwingen.

Spricht man also über mittelbare Instrumente, so versteht man die Instrumente, die auf Finanzkategorien beruhen und die die Preise als Parameter benutzen, die das Verhalten der Individuen bestimmen. Die Preise werden als Preise im weitesten Sinne verstanden und betreffen nicht nur die Produktpreise, sondern auch die anderen Preise, die selbst Elemente des Finanzsystems sind. Diese Preise werden von den zentralen funktionalen Ministerien festgelegt und bilden ein Umfeld der Produktions- und Dienstleistungsindividuen, in denen die Einzelpersonen gemäß des ökonomischen Kalküls die optimalen Produktions- oder Konsumentenentscheidungen treffen. Es ist wichtig, daß diese Preise sich nicht auf dem freien Markt gestalten, sondern daß sie das Resultat einer zweckgerichteten Politik der zentralen Organe sind und auf die Verwirklichung der funktionalen Pläne orientiert sind. In diesem Zusammenhang spricht man von folgenden Preistypen:

- a) Produktpreise, d. h. Preise für den Ankauf bestimmter Produkte
- b) Dienstleistungspreise, d. h. Preise für den Ankauf bestimmter Dienstleistungen
- c) Zinssätze – Preise für die Geldaufnahme/Kredite während eines Jahres
- d) Wechselkurs – Preise für den Ankauf ausländischer Valuta
- e) Steuersätze – Preise des Staates
- f) Einzellöhne – Preise für den Ankauf der Arbeitskräfte
- g) Investitionsraten – Preise der Reproduktion
- h) Renten – Preise der Natur- und Bodenschatznutzung
- i) Zölle – Preise für Importe und Exporte

Die zentralen funktionalen Organe disponieren jeweils mit einem Preisparameter, mit dem sie versuchen, das Verhalten der Betriebe in ihrem Bereich zu steuern. Das Finanzministerium z. B. nutzt den „Preis des Handels“ in Form von Steuern, das Ministerium für Preisfestsetzung greift steuernd mit Hilfe der Produktpreise ein, die Nationalbank mit Hilfe der Preise für die Kredite in Form von Zinssätzen, das Ministerium für Arbeit und Löhne mit Hilfe der Lohnfestsetzung und das Ministerium für Außenhandel mit Hilfe der Preise für ausländische Währungen, also mit Hilfe der Wechselkurse, die Zollbehörde mit Hilfe der Zollsätze usw.

Es ist charakteristisch, daß diese mittelbaren Instrumente vom Charakter der Produktion abhängen. Alle diese Preise sind bestimmten Produkten oder einer bestimmten Art der Produktion zugeordnet. Es

kann also sein, daß ein bestimmter Betrieb eine diversifizierte Art der Produktion betreibt, wobei die Produktion von verschiedenen Preisparametern geregelt wird. Auch der Begriff „hierarchische Struktur“ des Zentralplanes ist in diesem Modell nicht mehr bekannt. Die Pläne entstehen unabhängig auf der zentralen Ebene, d. h. in den funktionalen Ministerien sowie sie auch durch die Basis, d. h. durch die Basiseinheiten der Wirtschaft vorbereitet werden. Im parametrischen System herrscht eine sehr große Freiheit des Konsumenten und eine relative Souveränität der Betriebe. Die Betriebe können fast alle Entscheidungen treffen, sie können aber keine Kapitalanlagen machen und auch nicht in andere Firmen ihr Kapital einbringen³.

Die Eigenschaften dieses Systems werden in der Tabelle 2 gezeigt.

c) Das Laissez-faire-Modell des Wirtschaftssystems

– Das strukturelle Subsystem

Im Laissez-faire-Modell des Wirtschaftssystems herrscht der Markt. Der Begriff „Markt“ wird in der Arbeit sehr weit gefaßt und beinhaltet den Produktmarkt, den Arbeitsmarkt, den Investitionsmittelmarkt und Kapitalmarkt. Die Marktregulation beruht auf den horizontalen Verbindungen zwischen den Basiseinheiten des Wirtschaftssystems auf gleicher Ebene.

Diese horizontalen Verbindungen nehmen eine Form von Handelskooperationen oder Versorgungsbeziehungen an. Im Rahmen dieser Verbindungen werden Angebote und Gegenangebote gemacht, Verträge geschlossen und Zahlungen für Güter und Dienstleistungen getätigt, die Zusammenarbeit und der Austausch von Erfahrungen vollzogen. Diese Verbindungen beruhen auf dem Willen zur Zusammenarbeit beider Seiten und auf dem Interesse, das im Nutzen dieser Zusammenarbeit liegt. Die horizontalen Verbindungen nehmen die Form freiwilliger, unmittelbarer Handels- und Kooperationsbeziehungen an. Diese Verbindungen bilden eine organische Struktur des Wirtschaftssystems. Es besteht demnach eine einstufige Organisationsform, in der der Staat, wenn er auf den Markt kommt, als gleichrangiger Partner der anderen Grundsubjekte (Produktionseinheiten, Haushalte usw.) auftritt. Der Staat kann Regierungsaufträge vergeben. Diese Aufträge werden durch die Grundsubjekte wie Bestellungen und Aufträge betrachtet, die von anderen Subjekten kommen.

– Das instrumentale Subsystem

Im Laissez-faire-Modell dominiert die Idee, daß der auf dem Markt aus Angebot und Nachfrage sich bildende Marktpreis die Lenkung und Abstimmung der individuellen Antriebe besorgt so wie er auch die relative Knappheit der Güter widerspiegelt. Er schwankt um den natürlichen Preis, der zur Deckung der durchschnittlichen Produktionskosten einschließlich eines normalen Gewinnes ausreicht. Es herrscht also das freie Preissystem. Die Freiheit des Betriebs und des

Haushalts ist praktisch unbegrenzt. Die Idee des Laissez-faire-Modells des Wirtschaftssystems ist besonders von Adam Smith in seiner Theorie des „Wohlstandes der Nationen“ ausgearbeitet worden. Der Staat bekommt nach Smiths Konzept die Aufgabe zugewiesen, einen rechtlichen Rahmen für die Wirtschaftsprozesse aufzustellen und die Einhaltung der Rechtsregeln zu kontrollieren. (Smith 1937, S. 587 ff)

Der Einfluß des Staates auf Wirtschaftsprozesse im Laissez-faire-Modell ist anderer Natur als der Einfluß des Staates im sogenannten parametrischen Modell. Im parametrischen Modell versucht der Staat, den Markt zu ersetzen und durch die Preisgestaltung bestimmte Arten der Produktion zu bevorzugen und andere zu begrenzen. Der Staat gestaltet in diesem Fall die Struktur der Produktion, die Richtungen der Investitionen und übt die Kontrolle über den Verlauf der Produktionsprozesse aus. Im Laissez-faire-System gibt der Staat nur die Rahmenbedingungen vor für ein funktionsfähiges Preissystem im Rahmen einer vollfunktionierenden Konkurrenz auf den Güter- und Dienstleistungsmärkten, ebenso für die Sicherung der Geldwertstabilität und die Garantie des freien Marktzugangs sowie für die Konstanz der Wirtschaftspolitik. Die Eigenschaften des Laissez-faire-Modells werden in der Tabelle 2 dargestellt.

Die oben beschriebenen „reinen“, idealen Typen der Systeme treten in der Realität nicht auf und sind auch nie in reiner Form aufgetreten. Das Laissez-faire-Modell existiert genauso wenig wie das autokratische Modell. Die Experimente mit dem parametrischen Modell in Jugoslawien und in den letzten Jahren in Ungarn zeigen, daß auch in diesen Ländern die dort existierenden realen Systeme Kombinationen aller drei Typen der Regulation sind. Aus dem dargestellten dreidimensionalen Ansatz kann man drei verschiedene Kombinationen herleiten, die aus zwei Typen der Regulation bestehen und einer Kombination, die alle diese drei Regulationen integriert.

Es handelt sich um folgende Kombinationen:

Kombination A – Die unmittelbare Regulation und die mittelbare Regulation

Kombination B – Die mittelbare Regulation und die Selbstregulation

Kombination C – Die unmittelbare Regulation und die Selbstregulation

Kombination D – Die unmittelbare Regulation, die mittelbare Regulation und die Marktregulation

Unterziehen wir diese Kombinationen einer näheren Prüfung.

4. Kombination A – Die unmittelbare und mittelbare Regulation Die Lenkungssysteme – Versuch einer Klassifikation

In der Kombination A treten gleichzeitig die Direktiven und die Parameter auf, während der Markt gleichzeitig nicht vorhanden ist. Diese Kombination ist typisch für die Länder des realen Sozialismus

und ist bestimmt durch die Existenz der zentralgelenkten Wirtschaft, die ex definitione die unmittelbaren und mittelbaren Instrumente der Lenkung zur Anwendung bringt⁴. Die verschiedenen Lenkungssysteme, die in dieser Kombination auftreten, unterscheiden sich durch die Mischungen der verschiedenen Instrumente, d. h. durch den unterschiedlichen Anteil der direktiven (unmittelbaren) und der mittelbaren, indirekten Instrumente. Je größer in einem System der Anteil der unmittelbaren Instrumente ist, desto mehr ähnelt dieses System dem autokratischen System. Und umgekehrt, je größer im real existierenden System der Anteil der mittelbaren Instrumente ist, desto mehr rückt dieses System in die Nähe des parametrischen Systems.

Genauso ist der Fall bei den Organisationsstrukturen der Lenkungssysteme gelagert. Je größer der Anteil der vertikalen Verbindungen ist, die zwischen Vorgesetzten und Untergebenen auftreten, desto mehr ähnelt diese Struktur der Vorstellung vom Einliniensystem, also dem autokratischen Modell. Je mehr hingegen die Querverbindungen in der Struktur dominieren, umso mehr ähnelt die Struktur der funktionalen Organisation des parametrischen Modells.

Die Organisationsformen und Lenkungsinstrumente werden in fünf theoretische Modelle eingeteilt, die verschiedenen Kombinationsmöglichkeiten der vertikalen Verbindungen und Querverbindungen zugelassen.

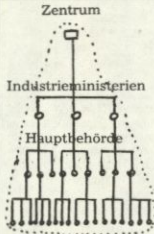
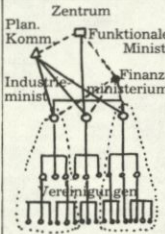
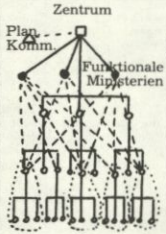
Zwischen autokratischen und parametrischen Modellen ergeben sich folgende Kombinationen:

- Das direktive Modell, in dem die typische Stablinienorganisation vorhanden ist
- Das kombinierte Modell, in dem die linienfunktionale Organisation existiert, und
- Das quasi-parametrische Modell mit der quasi-funktionalen Organisation⁵. Natürlich ist die Bestimmung von den Zwischensystemen unter dem Aspekt zu sehen, daß die Bestimmung der Systeme von Idealvorstellungen ausgeht. Tatsächlich kann in Wirklichkeit zwischen den Extremfällen eine unbegrenzte Zahl von Mischformen auftreten. Es werden jedoch nur drei Zwischensysteme exemplarisch ausgewählt, da es leichter ist, diese graphisch darzustellen und verbal zu beschreiben.

Diese Aufgliederung in fünf Grundsysteme (mit zwei Extremfällen) kann bei der Analyse der realen Ostblockwirtschaftssysteme angewendet werden. Die obengenannten Modelle mit Ausnahme der extremen Modelle werden in der Folge genauer beschrieben werden.

- a) Im *direktiven Modell* spielen die vertikalen Verbindungen eine bedeutende Rolle, aber es gibt auch eine staatliche Zentrale, die einen funktionalen Charakter hat. Diese Zentrale ist in der Regel das Finanzministerium, das als echter Stab mit Beratungsrecht gegenüber der Regierung gilt. Es hat aber keine Kompetenz, direkte Anweisungen an andere Ministerien oder Unternehmenszusammenschlüsse usf. weiterzugeben. Das Finanzministerium spielt in diesem System die Rolle des Statistikzentrums, das die Strömungen

Tab. 3: Klassifikation der Lenkungssysteme (Kombination A)

Subsysteme	Merkmale	Modelle	Autokratisches Modell des Lenkungssystems	Direktives Modell des Lenkungssystems	Kombiniertes Modell des Lenkungssystems	Quasiparametrisches Modell des Lenkungssystems	Parametrisches Modell des Lenkungssystems				
Subsystem der Organisationsstruktur											
1. Strukturelle Konfiguration des Lenkungssystems			Linienstruktur: Ausschließlich vertikale Verbindungen. Große Anzahl von Industriebranchenministerien. Fehlen von Funktionalministerien. Auf den verschiedenen Ebenen erfolgt die Gliederung nach Art der Produktion (Produktionsprinzip).		Stab-Linienstruktur: Überwiegend vertikale Verbindungen. Dominanz der Industriebranchenministerien nach Art der Produktion gegliedert. Mitwirkung meist nur eines Funktionalministeriums (i. d. R. Finanzministerium).		Linien- und funktionale Struktur: Gleichgewicht zwischen vertikalen und Querverbindungen. Relatives Gleichgewicht zwischen Industriebranchenministerien (für Schwer- und Leichtindustrie, Berg- und Hüttenwesen etc.) und funktionalen Ministerien (für Finanzen, Arbeit u. Löhne, Preise etc.).		Quasifunktionale Struktur: Überwiegend Querverbindungen. Dominanz der funktionalen Ministerien (für Finanzen, Arbeit u. Löhne, Preise, Konsum, technischen Fortschritt, Planung, Zölle und Außenhandel, Nationalbank). Kein Industriebranchenministerium (Strukturgliederung nach dem Funktionalprinzip).		Funktionale Struktur: Ausschließlich Querverbindungen und funktionale Ministerien (für Finanzen, Arbeit u. Löhne, Preise, Konsum, technischen Fortschritt, Planung, Zölle und Außenhandel, Nationalbank). Kein Industriebranchenministerium (Strukturgliederung nach dem Funktionalprinzip).
2. Grundelement der Wirtschaft			Volkswirtschaft als Ganzes	Industrieministerium mit Wirtschaftszweig	Hierarchisch nach dem Branchenprinzip organisierte Vereinigungen der Betriebe	Unternehmen oder horizontal organisierte „Verbände“	Einzelbetriebe als Unternehmen				
3. Kriterien, die die Aufgliederung der Organisationsstruktur bestimmen.			Objekt(Produktions-)kriterium. Struktur aufgeteilt in Wirtschaftsabteilungen (Industrie, Landwirtschaft, Handel), Industriezweige (Schwer-, Bergbau-, Chemieindustrie), Industriebranchen (Schiffbau-, Motorbranchen), Produktgruppen (Pkw-Industrie) und Produkten.	Dominanz des Objektkriteriums. Aufgliederung in Teile der Wirtschaft: Industriezweige, Industriebranchen usw. Es gibt in der Regel nur ein Funktionalministerium.	Gleichgewicht zwischen Objekt- und funktionalen Kriterien. Paralleles Auftreten von zwei Typen der Aufgliederung.	Dominanz der Funktionsaufgliederung. Neben funktionalen Organen treten die Objektorgane auf, die sich auf Teile der Wirtschaft stützen (Landwirtschaft, Kommunikation, Handel usw.), die sich auf die Organe, die gemischt gegliedert sind.	Funktionsgliederung: Die Hauptfunktionen: – Planung – Finanzwirtschaft – Außenhandel – Beschäftigung – technischer Fortschritt usw.				
4. Hauptkompetenzen des Industriebranchenministeriums			– passive Übermittlung von Regierungsdirektiven von oben nach unten, – Kontrolle der Verwirklichung der Direktiven, – Strenge Kaderpolitik als Wesen der Leitung.	– Verteilung von Planungsaufgaben von oben nach unten (Desaggregierungsprozeß) – Summierung der Produktionsmöglichkeiten von unten nach oben (Aggregierungsprozeß) – Kaderpolitik – Vertretung der Zweiginteressen gegen die Regierung	– Verteilung von Planungsaufgaben, – Lenkung mit Hilfe von Parametern, die die Produktion der Vereinigungen und Betriebe bestimmen, – Kaderpolitik in den Vereinigungen der Betriebe.	– Lizenzausgabe für die Produktionstätigkeit, – Regulation Kapitalanlagen durch bestimmte Investitions- und F&E-Politik.	Nicht vorhanden				
5. Art der funktionalen Organe			Keine vorhanden	Finanzministerium	a) Finanzministerium b) Arbeits- und Lohnministerium c) ev. Preiskommission	a) Finanzministerium b) Arbeits- und Lohnministerium c) Preisministerium d) Nationalbank e) F&E-Ministerium f) Planministerium	a) Finanzministerium b) Arbeits- und Lohnministerium c) Preisministerium d) Nationalbank e) F&E-Ministerium f) Planministerium g) Außenhandelsministerium h) Zollbehörden i) Investitionsministerium				
6. Kompetenzen der funktionalen Ministerien			Nicht vorhanden	Steuerpolitik des Finanzministeriums (Akkumulationssätze usw.)	Steuerpolitik und Lohnpolitik geführt durch Finanzministerium und Lohnministerium	Steuerpolitik, Lohnpolitik, Kreditpolitik und Preispolitik	Lenkung der Produktionsprozesse in bestimmten Funktionen mit Hilfe von Preisparametern				
7. Institutioneller Art der überbetrieblichen Organe			Element der politischen Hierarchie gebildet nach dem territorialen Prinzip (z. B. Instanzen der Partei wie Bezirks-, Kreis- oder Gemeindekomitee).	Abteilungen der Industriebranchenministerien oder deren Unterabteilungen (Zentralbehörde).	Selbständige Zweigvereinigungen der Betriebe, gebildet nach dem Branchenprinzip.	Freiwillige horizontale Vereinigungen, die aber genau genommen keine mittlere Ebene des Wirtschaftssystems bildet.	Nicht vorhanden				

Tab. 3: Klassifikation der Lenkungssysteme (Kombination A) (Fortsetzung)

Subsysteme	Merkmale	Modelle				
		Autokratisches Modell des Lenkungssystems	Direktives Modell des Lenkungssystems	Kombiniertes Modell des Lenkungssystems	Quasiparametrisches Modell des Lenkungssystems	Parametrisches Modell des Lenkungssystems
Subsystem der Organisationsstruktur	8. Kompetenzen der überbetrieblichen Organe des Lenkungssystems	– Übermittlung der von oben genannten Direktiven, – politische Kontrolle der Verwirklichung der Direktiven.	– Übermittlung der von oben genannten Direktiven, – Kontrolle und Aufsicht über den Prozeß der Planverwirklichung.	Selbständige wirtschaftliche Tätigkeit in der Art einer Holding-Gesellschaft.	Koordinierung bestimmter einzelner Funktionen der teilnehmenden Betriebe (Marketing, F&E, Absatz usw.).	Nicht vorhanden
	9. Entscheidungsfindung des Betriebes hinsichtlich Sortiment und Ausmaß der Produktion	Keine Möglichkeit selbständiger Entscheidungsfindung.	Entscheidungsfreiheit zur Plansollüberschreitung.	Entscheidungsfreiheit nur für die das Plansoll überschreitende Produktion in Bezug auf Menge, Art und Verteilung.	Eigenständige Entscheidungsfindung mit Ausnahme der Entscheidungen über Verkauf des Betriebes oder Ankauf von neuen Betrieben.	Recht auf Entscheidungsfindung in allen Bereichen im Rahmen der obengenannten Parameter.
	10. Struktur des nationalen Wirtschaftsplanes	Zweckorientierte Struktur des Nationalplanes. Durchführung nationaler Kampagnen. Alle nationalen Kräfte werden auf ein Ziel ausgerichtet.	Struktur des Planes entspricht der Organisationsstruktur des Lenkungssystems. Der Plan wird nach Wirtschaftsabteilungen, Industriezweigen, Industriebranchen und Betrieben aufgestellt. Zusätzlich wird ein Finanzplan vorbereitet.	Paralleles Nebeneinander von zwei Plan-typen: – der nach Subjekten gegliederte Plan, – der Funktionalplan.	Funktionale Struktur des Planes. Der Plan ist nach Funktionen der Wirtschaft aufgestellt, z. B. Finanzplan, Konsumplan, Beschäftigungsplan usw. Zusätzlich wird ein auf die Subjekte zugeschnittener Investitionsplan vorbereitet.	Plan wird nach den Funktionen gegliedert: d. h. in: – den Finanzplan, – den Außenhandelsplan, – den Beschäftigungsplan, – den Kreditplan usw.
Subsystem der unmittelbaren Regulation	11. Dominierendes Zeithorizont der Planung im Wirtschaftszentrum	Ad-hoc-Planung. Laufende Bestimmung der Aufgaben als Reaktion auf laufende Bedürfnisse oder Kampagnen.	Einhjähriger Plan	Fünffähriger Plan und daraus resultierende einjährige Produktionspläne	Fünffähriger Plan	Vieljährige Programmierung der Entwicklung
	12. Dominierender Zeithorizont der Planung im Betrieb	Laufende Verwirklichung aller von oben kommenden Direktiven.	Dreimonatige und einmonatige Planung.	Einhjähriger Planhorizont	Planhorizont weiter als ein Jahr	Nach Belieben des Betriebes
	13. Abhängigkeit des Betriebes im Wirtschaftszentrum	Volle Verwirklichung der Direktiven von oben.	Volle Abhängigkeit. Betriebsplan ist ein Effekt des Desaggregierungsprozesses des zentralen Planes.	Partielle Abhängigkeit. Betriebsplan ist ein Resultat von Verhandlungen, die die Betriebsführung mit der übergeordneten Ebene der Wirtschaft führt. Sogenannte „Weberschiffchen-Methode“.	Geringe Abhängigkeit. Betriebe bereiten ihre Pläne selbstständig vor und richten sich nach den Parametern, die von oben kommen. Investitionsplan wird mit den Industrieministern besprochen.	Volle Unabhängigkeit. Betriebe bereiten ihre Pläne selbstständig vor. Die künftige Gestaltung der Parameter wird beachtet.
	14. Die unmittelbaren Einflüsse des Industrieministeriums zur Lenkung des Outputs des Betriebes	Exakte Anweisungen, die den gesamten Output des Betriebes betreffen und auf jeder Ebene für einzelnen Adressaten differenziert aufgeschlüsselt werden.	Anweisungen über die Mindestgröße des Outputs, die gesamte Produktion betreffen.	Anweisungen über die Mindestgröße des Outputs, die Investitionsgüter und Rohmaterialien betreffen.	Anweisungen über die Mindestgröße des Outputs, die strategische Güter betreffen.	Keine Anweisungen
	15. Die unmittelbaren Einflüsse auf den Input (Rationierung)	Zuteilung (Rationierung) betrifft die gesamte Produktion.	Zuteilung betrifft die gesamte Produktion mit Ausnahme einiger Landwirtschaftsprodukte.	Zuteilung betrifft nur einige Investitionsgüter und Rohmaterialien.	Zuteilung betrifft nur einige „strategische“ Güter.	Keine Zuteilung oder Rationierung.
	16. Die unmittelbaren Einflüsse der Funktionalministerien auf Betriebe	Keine vorhanden	Kein Einfluß auf die realen Wirtschaftsprozesse. Verwendung von festen Preisen zur Widerspiegelung ihres Ablaufs.	Unterstützung der Industrieministerien durch Finanzkategorien, wie Preise, Steuern usw.	Lenkung der Wirtschaftsprozesse in bestimmten Funktionen mit Hilfe von Preisparametern mit Ausnahme von großen Investitionen.	– Steuerpolitik – Lohnpolitik – Kreditpolitik – Preispolitik – Export-Import-Politik – Investitionspolitik
Subsystem der mittelbaren Regulation	17. Bildung der Preise	Kein Geld und keine Preise	Über einen längeren Zeitraum feste Preise vom Staat administrativ festgesetzt.	Preise werden von Betrieben nach „Kostenformeln“ berechnet und vom Staat akzeptiert (Preisformeln).	Preise werden teils vom Staat für Konsumgüter festgesetzt, teils durch die Betriebe für andere Güter nach „Kostenformeln“.	Preise werden vom Staat festgesetzt, unterliegen aber häufigen Änderungen.
	18. Zielbeschreibung der betrieblichen Tätigkeit	Volumen in physikalischen Werten (z. B. Stück, Gewicht etc.). Große Anzahl von Teilindikatoren.	Index der Bruttonproduktion. Große Zahl von Teilindikatoren und Informationskennzahlen.	Index der Rentabilität (Relation zwischen Produktionswert und Kosten). Zusätzlich werden auch Teilindikatoren benutzt.	Gewinn (finanzielles Ergebnis). Zusätzlich können Hilfsindikatoren wie Einhaltung von Exportauflagen und Investitionslimits Anwendung finden.	Wertschöpfung ohne Hilfsindikatoren.
	19. Art der Budgetierung im Staatshaushalt	Nicht vorhanden	Bruttobudgetierung. Alle Einnahmen und Ausgaben des Betriebes werden in den Staatshaushalt überführt.	Nettobudgetierung. Vom Staatshaushalt werden Überschüsse übernommen und Subventionen gegeben.	„Richtungs“-budgetierung; Budgetierung größerer Investitionen und großer F&E-Vorhaben.	Keine Budgetierung

des Geldumlaufs registriert. In keinem Fall jedoch wird Geld als aktives Steuerungsinstrument genutzt.

Als Hauptvertreter der Regierung für die Wirtschaft tritt in diesem System die zentrale Plankommission auf, in der Zentralpläne für die gesamte Wirtschaft ausgearbeitet werden. Der Plankommission sind die Wirtschafts- und die Industrieministerien untergeordnet, die als Abteilungen der Plankommission angesehen werden können. Den Ministerien sind die Zentralverwaltungen untergeordnet. Sie können sogar als ein Teil dieser Ministerien betrachtet werden. Die Zentralverwaltungen sind für bestimmte Branchen zuständig. Danach folgen die Vereinigungen und die Betriebe. Die letzteren spielen praktisch eine technische Rolle und besitzen keine Unabhängigkeit. Als Rechtssubjekte der Wirtschaft gelten die Industrieministerien. Die Instrumente, die durch die Ministerien benutzt werden, tragen einen unmittelbaren Charakter und wenden sich an bestimmte Subjekte der niedrigeren Ebene. Dies bedeutet, daß jeder Betrieb durch die ihm zugewiesenen Instrumente geleitet wird. Das heißt also, daß jeder Betrieb in einem ganz anderen rechtlichen Umfeld wirkt. Die erste Differenzierung des Rechts wird auf ministerieller Ebene vorgenommen. Jedes Ministerium trifft eigene Beschlüsse, die die sogenannten „spezifischen Bedingungen des Industriezweigs“ beachten. Die nächsten Differenzierungen vollziehen sich auf der Ebene der Zentralverwaltung, die auf die spezifischen Bedingungen der Branchen abgestellt sind. Die von den Zentralbehörden vorgegebenen rechtlichen Instrumente wie Bekanntmachungen, Anweisungen usw. können von Branche zu Branche verschieden sein. Jeder Betrieb besitzt eine eigene Rechtsgrundlage, die es in vielen Fällen verhindert, mit anderen Betrieben zusammenzuarbeiten. So gesehen, bestehen im direkten Wirtschaftssystem ähnliche rechtliche Barrieren wie in einem Feudalsystem. Die Pläne, die von der zentralen Plankommission entwickelt werden, berücksichtigen also auch die Wünsche der unteren Ebene. Die gesamte Wirtschaft wird auf Planaufgaben ausgerichtet. Die Einheiten der unteren Ebene haben jedoch ein Recht, an der Erstellung des Planes mitzuwirken und sogar Alternativpläne zu den von oben vorgegebenen Plänen zu entwickeln.

Im Vergleich zum extremen, reinen autokratischen Modell besteht in diesem Modell die Möglichkeit des Austausches von Konsumgütern, es besteht also ein Quasi-Konsummarkt. Es ist in Wirklichkeit kein Markt, da die Preise von der Lokal- oder der Zentralbehörde bestimmt werden, es besteht aber die Möglichkeit der Auswahl unter den Produkten, die man erwerben will. Es ist somit eine partielle Souveränität gegeben für die Konsumenten, die durch das geringe Angebot an Produkten begrenzt ist. Es findet sich in diesem System eine begrenzte Auswahlmöglichkeit bezüglich des Arbeitsplatzes. Die Schulabsolventen werden bestimmten Arbeitsplätzen zugewiesen, aber nach mehrjährigem Berufsleben können sie einen Arbeitsplatzwechsel vornehmen⁶.

Kennzeichnend für dieses System ist, daß die Produktionsgrößen schon in Geld gerechnet werden, also in Wertgrößen zusätzlich zu den Naturalgrößen. Die Wertgrößen werden nur für statistische Zwecke benutzt. Weiter ist charakteristisch, daß jeder Betrieb alle seine Einnahmen dem Staatsetat zufließen lassen muß und gleichzeitig alle seine Ausgaben durch den Staat beglichen läßt. Jeder Betrieb und jede administrative Einheit ist ein Posten im Staatsetat. In diesem System sind keine Kreditaufnahmen bekannt. Alle Ausgaben werden nach Planziffern durch den Staatshaushalt finanziert. Das Hauptziel der betrieblichen Tätigkeit liegt in der materiellen Planerfüllung. Das gesamtökonomische Maß, das benutzt wird, ist der Bruttonutzenindex⁷.

- b) Im *kombinierten Modell* besteht ein gleicher Anteil aus vertikalen und aus Querverbindungen, was bedeutet, daß in gleichem Maße Linien- und Funktionalstrukturen auftreten und daß im gleichen Maße von zentralen Lenkungsorganen unmittelbare und mittelbare Lenkungsinstrumente verwendet werden. In diesem System ist die Anzahl der Industrieministerien gleich der Anzahl der Funktionalministerien. In der Regel sind in diesem System eine Preiskommision (Behörde), ein Ministerium für Arbeit und Lohnfestsetzung vorhanden. Das Außenhandelsministerium ist ein Element des Liniensystems und besitzt kein Instrument des mittelbaren Einflusses. Durch dieses Gleichgewicht, das zwischen beiden Typen der Regulation und beiden Typen der Verbindungen besteht, wird dieses System sehr oft als Linienfunktionssystem bezeichnet. Als Grundelement der Wirtschaft tritt in der Regel die Vereinigung der Betriebe auf, die selbst als selbständiges wirtschaftliches Objekt funktionieren können. Im kombinierten Modell arbeiten die existierenden Industrieministerien immer wieder mit direktiven Methoden Pläne für die Vereinigungen aus und zwingen diese zu deren Erfüllung. Andererseits setzen die existierenden funktionalen Ministerien die Preisparameter fest, die auch für die Vereinigung gültig sind.

Die Preiskommision bestimmt eigene Preise, das Finanzministerium individualisierte Steuersätze und das Ministerium für Arbeit und Lohnfestsetzung fixiert die Minimallöhne und die mittleren Lohnhöhen für spezielle Branchen oder Betriebe. Es kann also zu Auseinandersetzungen zwischen beiden Instrumentarientypen kommen. Es kann z. B. sehr oft vorkommen, daß der vom Ministerium der Vereinigung vorgegebene Plan solche Sortimente aufweist, daß unter dem Gesichtspunkt der durch die Plankommision festgelegten Preise oder wegen der angewandten Steuerpolitik sich eine Produktion bestimmter Sortimente nicht lohnt.

Die Direktoren der Vereinigungen stehen in solchen Momenten vor dem Dilemma, ob sie den Plan, der vom Ministerium vorgegeben wurde, erfüllen oder ob sie den ökonomischen Effekt maximalisieren sollen. Im ersten Fall produzieren sie das, was der Plan fordert, ohne Rücksicht auf die dabei anfallenden Kosten, im zweiten Fall

werden von jenen Produkten, die der Plan vorschreibt, nur die hergestellt, die z. B. den größten Einzelgewinn erbringen. Um dieses Dilemma zu vermeiden, haben die Ministerien die Fonds der Subventionen, die den Betrieben zugewiesen werden im Falle niedriger Rentabilität, wenn Betriebe sich also nicht selbst finanzieren können, zur Verfügung. Diese Subventionen werden nach subjektiven Maßstäben verteilt und decken die Kosten der Investitionen, und andererseits sind die Betriebe auf die Prämienfonds angewiesen.

In den Vereinigungen bestehen gleichzeitig zwei Indikatoren, einer, der auf die Erfüllung des Planes und ein anderer, der auf dem ökonomischen Effekt beruht, z. B. der Indikator der Rentabilität⁸.

- c) Im *quasiparametrischen System* dominieren die Querverbindungen und die mittelbaren Instrumente der Lenkung. Die Hauptrolle spielen die funktionalen Ministerien, deren Tätigkeit wird durch ein Ministerium für Industrie ergänzt. Die Rolle dieses Ministeriums bezieht sich nur auf die Lizenzausgabe für Produktionstätigkeit und auf die Regulation der Kapitalanlagen durch eine bestimmte Forschungs- und Entwicklungspolitik. Dies bedeutet, daß die Betriebe für größere Investitions- und Forschungsprojekte, die das Ministerium für erforderlich hält, auch Subventionen erhalten. In diesem Sinne existiert eine zielgerichtete Budgetierung, die sich auf bevorzugte Objekte der Investitionen oder Forschungs- und Entwicklungsvorhaben richtet. Wegen der Dominanz der Querverbindungen in diesem Wirtschaftssystem besteht eine sogenannte Quasifunktionalstruktur. Die führende Rolle in den Lenkungsprozessen spielen die funktionalen Ministerien, das Finanzministerium, das Preisministerium, das Ministerium für Arbeits- und Lohnfragen, die Nationalbank und das Außenhandelsministerium. Die Ministerien wirken selbständig im Rahmen der Gesamtpolitik der Regierung. Jedes von ihnen erarbeitet einen funktionalen Plan: das Finanzministerium einen Finanzplan, das Arbeitsministerium einen Beschäftigungsplan. Die Hauptziele der Ministerien bestehen darin, die Erhaltung des Gleichgewichts im eigenen Bereich zu gewährleisten. Die Betriebe wie auch die Haushalte besitzen volle Souveränität in der Auswahl der Produktionsrichtung, des Produktionsumfanges und der Bestimmung der Einkaufsmenge usw.

Die Souveränität spielt sich im Rahmen von Begrenzungen ab, die das preisparametrische Umfeld bildet. Der Betrieb hat jedoch kein Recht, einen neuen Betrieb zu erwerben oder eigene Produktionsmittel an einen anderen Betrieb zu verkaufen.

Das Tätigkeitsziel des Betriebes ist die Gewinnmaximierung oder die Steigerung des Nettoeinkommens. Der Betrieb kann aber auch Extraaufgaben vom Industrieministerium zugewiesen erhalten – „Regierungsaufträge“ – die aber in Wirklichkeit keine Aufträge sind, sondern nur die Anweisung, eine bestimmte Art der Produktion erfüllen zu müssen. Diese „Aufträge“ werden kostendeckend und gewinnabwerfend vom Staat finanziert⁹.

Die Eigenschaften der Modelle, die zwischen den autokratischen und

den parametrischen reinen Idealtypen liegen, werden in der Tabelle 3 dargestellt.

Die oben gezeigten Leitungssysteme stellen idealtypische Modelle dar, die in der Wirtschaftspraxis nie in einer reinen Form auftreten. Die real existierenden Lenkungssysteme bestehen aus den Eigenschaften, die von verschiedenen Idealtypen hergeleitet sind. In diesem Sinne kann man über reine und gemischte Lenkungssysteme sprechen¹⁰.

5. Kombination B

– Die mittelbare Regulation und die Selbstregulation

Die kontrollierten Marktmodelle der Wirtschaftssysteme – Versuch der Klassifikation

Kombination B ist charakterisiert durch ein paralleles Auftreten des mittelbaren Einflusses und der Marktregulation, die gleichzeitig den Verlauf der Wirtschaftsprozesse bestimmen¹¹.

Das strukturelle Subsystem beinhaltet die Kombination der beiden Extremtypen der Organisationsstrukturen, nämlich die der funktionalen und die der organischen Organisationsstruktur. Diese Kombination ergibt sich aus der Zusammensetzung von Querverbindungen und kann als Grad der „Funktionalisierung“ bezeichnet werden. Das instrumentale Subsystem begrenzt sich auf den Bereich der Preispolitik. In der Welt der Preise, die die realen Knappheiten der Produkte und Dienstleistungen widerspiegeln sollen, wird eine Trennung vollzogen. Ein Teil der Preise wird durch die zentralen Staatsorgane bestimmt, der andere wird sich dagegen frei auf dem Markt gestalten. Der Begriff „Preis“ wird hier, wie schon früher erwähnt, sehr umfassend verstanden. Er umfaßt Steuern, Zinsen, Produktpreise usw. Werden die oben genannten Preise durch die Staatsorgane bestimmt oder nehmen diese Organe Einfluß auf die Preisgestaltung, so werden diese Instrumente zur mittelbaren Regulation gerechnet. Wenn der Staat alle so definierten Preise festlegt, dann besteht ein typisch parametrisches System. Gestalten sich dagegen die Preise durch Angebot und Nachfrage, dann werden diese Instrumente dem Funktionieren der Marktregulation zugeschrieben.

Die Trennung zwischen diesen beiden Typen der Regulation kann sehr präzise erfolgen. Es kann sein, daß der Staat nur die Kreditpreise bestimmt, d. h. daß er einen Einfluß auf die Höhe der Zinsen ausübt oder das Preismaximum für die Grundnahrungsmittel oder das Preisminimum für die Arbeitskraft festgelegt usw. Jede solche Intervention innerhalb der Preisbildung beschränkt die Effektivität der Kräfte der Marktregulation und erweitert den Bereich der zentralgelenkten Staatspolitik. Verzichtet der Staat auf eine Festsetzung aller Preise, so besteht ein Laissez-faire-System. Zwischen beiden extremen Regulationen besteht also ein reziprokes Verhältnis. Je größer die Einwirkung der zentralen Staatsorgane auf die Preisbildung ist, desto weniger bleibt Raum für eine freie Regulation des Marktes, und vice versa.

Die Kombination der mittelbaren Regulation mit der Marktregulation und laissez-fair- und parametrischen Modellen gestattet es, die Mustermodelle zu erstellen.

Es sind:

- das „monitored“-Modell
- das „mixed“-Modell
- das interventionistische Modell

Diese Modelle mit Ausnahme der extremen Modelle werden näher ausgeführt.

- a) Das „*monitored*“-Modell zeichnet sich durch das Auftreten von einem oder zwei zentralen funktionellen Organen aus, die für die Realisierung von bestimmten zentralen Zielen zuständig sind. In der Regel handelt es sich dabei um die Preispolitik, um eine differenzierte Steuerpolitik oder um die staatliche Investitionspolitik, die von den erwähnten Wirtschaftsorganen bevorzugt benützt werden und die der Entwicklung bedürfen. Die politische Richtung wird von der Regierung mittels zentraler funktionaler Organe gesteuert. Zu diesen Organen zählen: z. B. die Federal Trade Commission (USA), das Bundesfinanzministerium (BRD), das Credit National, Commissariat Général du Plan (Frankreich), das National Board for Prices and Incomes (UK) und die Economic Planning Agency (Japan) usw. Der Anteil der vom Staat kontrollierten Preise ist im Vergleich zur Anzahl der gesamten Preise sehr gering. Gering sind auch die Staatsausgaben im Wirtschaftsbereich im Vergleich zum gesamten Staatsetat.
- b) Im „*mixed*“-Modell existiert, so kann man annehmen, ein Gleichgewicht zwischen der Markt- und der mittelbaren Regulation. Im Mittelpunkt stehen drei bis vier funktionale Organe, die für die Verwirklichung der Regierungspolitik verantwortlich sind. Das sind neben einer differenzierten Preis- und Steuerpolitik¹² die unterschiedlich gehandhabte Kreditpolitik für die verschiedenen Wirtschaftszweige, für die Forschungs- und Entwicklungspolitik und die Kontrolle und Allokation von Investitionsmitteln. Man nimmt an, daß die Staatsinvestitionen im wirtschaftlichen Bereich nicht höher als 50 Prozent der Gesamtinvestitionen liegen.
- c) Das *interventionistische Modell* ist dem parametrischen Modell nahe verwandt. Die Regierung verfolgt viele spezielle Wirtschaftsziele (fünf bis sechs) und setzt dazu hochspezialisierte zentrale Organe ein, die für diese politischen Ziele verantwortlich sind. Sehr beliebt sind in diesem Zusammenhang neben den oben erwähnten Funktionen die Export- bzw. die Importpolitik, die mit Hilfe der Mehrwertsteuerpolitik und dem Importlizensystem funktioniert, die speziellen Entwertungs-Systeme, die obligatorische Teilung des Profits und die Politik der Vollbeschäftigung. Die Staatsausgaben sind im jeweiligen Wirtschaftsbereich relativ hoch und werden zur Stimulierung der Konjunktur eingesetzt. Die Mehrheit der Preise wird vom Staat kontrolliert und festgelegt.
- Innerhalb realer Systeme, die alle Typenmerkmale der Kombination

der Selbstregulation und mittelbaren Regulation aufweisen, tritt eine natürliche Tendenz zur Vergrößerung der staatlichen Einflußnahme bei der Preisgestaltung auf, und gleichzeitig reduzieren sich die Bereiche, in denen die Selbstregulation wirksam wird. Es hängt jedoch vom Typus des politischen Systems ab, ob eine Tendenz dieser Art in der Praxis verwirklicht wird¹⁴. (Siehe Tabelle 4)

6. Die Kombination C

– *Die unmittelbare Regulation und die Selbstregulation. Die kriegswirtschaftlichen Modelle der Wirtschaftssysteme – Ein Versuch der Klassifikation*

Kombination C ist dadurch gekennzeichnet, daß in ihrem Rahmen gleichzeitig ein unmittelbarer Einfluß auf das Handeln der Basiseinheiten genommen wird, während auch gleichzeitig ein realer Einfluß auf die Wirtschaftsprozesse des Marktes ausgeübt wird. Dieses Zusammenwirken von zwei verschiedenen Regulationsmechanismen scheint unmöglich zu sein. Dieser Auffassung z. B. ist K. P. Hensel (1977).

In der Praxis jedoch tritt im geschilderten Fall eine genaue Abgrenzung der verschiedenen Einflußsphären zutage. Der Staat z. B. hat einen direkten Einfluß auf alle Betriebe, die der Produktion von Waffen dienen und gleichzeitig gesteht der Staat der Produktion im Bereich des Konsumentenmarktes „freie Entfaltung“ nach den Marktprinzipien zu¹⁵. Diese Kombination kann in Form eines Spektrums dargestellt werden, an dessen einem Ende eine mehrstufige vertikale Befehlsregulation steht (das autokratische Modell) und am anderen ein horizontales Modell der Marktregulation (das Laissez-faire-Modell).

Es handelt sich folgende Zwischenmodelle:

- das quasi-autokratische Modell
- das etatistische Modell
- das quasi-laissez-faire-Modell

Unterziehen wird diese Modelle mit Ausnahme des extremen autokratischen Modells und des Laissez-faire Modells einer näheren Betrachtung.

- a) Das *quasi-autokratische Modell* ist gekennzeichnet durch die Dominanz der direkten unmittelbaren Lenkung und durch das marginale Auftreten der kontrollfreien Sphäre der Wirtschaft. Es treten parallel zwei Strukturen auf: eine Einlinienstruktur, die mehr als 80 Prozent der Wirtschaftstätigkeit umfaßt und die die gesamte Industrie, das Transportwesen, das Kommunikationswesen und die Forstwirtschaft einschließt, daneben steht die organische Struktur, die nur die private Landwirtschaft und das Handwerk betrifft. Im ersten Fall dominieren die Anweisungen und Zuteilungen von Rohstoffen, die durch die Zentrale und durch die mittleren Ebenen der politischen Struktur erfolgen, im zweiten Fall dominiert der „freie Markt“, der auch in Form eines schwarzen oder grauen Marktes auftreten kann¹⁶.
- b) Das *etatistische Modell* stellt eine Kombination dar, in der in relativ

Tab. 4: Klassifikation der „gemischten“ Wirtschaftssysteme (Kombination B)

Subsysteme	Merkmale	Modelle	Laissez-faire-Modell des Wirtschaftssystems	„Monitored“ Modell des Wirtschaftssystems	„Gemischtes“ Modell des W.-Systems	Interventionistisches Modell des Wirtschaftssystems	Parametrisches Modell des Wirtschaftssystems
Subsystem der Organisationsstruktur	1. Die strukturelle Konfiguration des Wirtschaftssystems		Organische Struktur 	Ein- oder Zwei-Funktions-Struktur 	Drei- oder Vier-Funktions-Struktur 	Fünf- oder Sechs-Funktions-Struktur 	Volle, funktionale Organisationsstruktur 
Die unmittelbare Regulation	2. Die Art der Instrumente, die von der Regierung benutzt werden		Das Fehlen von Objekt- (Produkt-) und Subjekt-orientierten Instrumenten. Die Regierung führt die generelle Politik zum Zweck der Sicherung des Marktes, d. h.: – Geldpolitik – Antitrust-Politik – ökonomische und soziale Sicherheitspolitik	die Preispolitik – die differenzierte Steuerpolitik	– die Preispolitik – die differenzierte Steuerpolitik – die öffentlichen Investitionsprogramme (F&E-Programme) – die differenzierte Kreditpolitik – die zentrale indikative Planung – die obligatorische Teilung des Profits (Profit-sharing)	– die Preispolitik – die differenzierte Steuerpolitik – die öffentlichen Investitionsprogramme (F&E-Programme) – die differenzierte Kreditpolitik – die zentrale indikative Planung – die obligatorische Teilung des Profits (Profit-sharing) – Import-/Export-Politik – Lohn- und Beschäftigungspolitik	– die Preispolitik – die differenzierte Steuerpolitik – die öffentlichen Investitionsprogramme (F&E-Programme) – die differenzierte Kreditpolitik – die zentrale indikative Planung – die obligatorische Teilung des Profits (Profit-sharing) – Import-/Export-Politik – Lohn- und Beschäftigungspolitik
	3. Der prozentuale Anteil der Staatsinvestitionsausgaben zu den gesamten Investitionsausgaben		Keine Staatsinvestitionsausgaben außer für die Produktion öffentlicher Güter.	Geringe Staatsinvestitionsausgaben 0-25%	Moderate Staatsinvestitionsausgaben 26-50%	Große Staatsinvestitionsausgaben 51-75%	Sehr große Staatsinvestitionsausgaben 76-100%
Die mittelb. Regulat.	4. Der Anteil der vom Staat festgesetzten Preise		nicht gegeben	gering 1-25%	mittel 26-50%	groß 51-75%	sehr groß 76-100%

Tab. 5: Klassifikation der Kriegswirtschaftssysteme (Kombination C)

Subsysteme	Merkmale	Modelle	Autokratisches Modell d. Wirtschaftssystems	Quasi-autokratisches Modell des Wirtschaftssystems	Etatistisches Modell des Wirtschaftssystems	Quasi-Laissez-faire-Modell des Wirtschaftssystems	Laissez-faire-Modell des Wirtschaftssystems
Subsystem der Organisationsstruktur	1. Die Konfiguration der Organisationsstruktur des Wirtschaftssystems		kontrollierte Sphäre 	Staats-kontr. Sphäre 	freie Sphäre 	kont. Sphäre 	freie Sphäre 
	2. Die durch den Staat zentral kontrollierten Sphären des Wirtschaftssystems		Das gesamte Wirtschaftssystem	– Transport – Kommunikation – Gesamte Industrie – Forstwirtschaft – Großhandel	– Transport – Kommunikation – Schwer- und Bergbauindustrie	– Transport – Kommunikation	Nicht vorhanden
	3. Die durch den Staat gelenkten Sphären des Wirtschaftssystems		Nicht vorhanden	– Einzelhandel – Landwirtschaft – Handwerk	– Leichtindustrie – Forstwirtschaft – Handel – Landwirtschaft – Handwerk	– Gesamte Industrie – Forstwirtschaft – Handel – Landwirtschaft – Handwerk	Das gesamte Wirtschaftssystem
	4. Prozentualer Anteil der Betriebe, die sich durch den Staat kontrollieren lassen		100%	66-99%	34-65%	1-33%	
Subsystem d. Selbstregulation	5. Der Anteil der freien Preise		Kein Geld und keine Preise	Großhandelspreise werden von den Betrieben nach „Kostenformeln“ gerechnet mit Ausnahme von Preisen in der Landwirtschaft, die sich frei nach Marktpreizen gestalten.	In den durch den Staat gelenkten Sphären werden die Preise nach „Kostenformeln“ gerechnet; in der freien Marktsphäre durch den Markt bestimmt.	Die Preise werden im allgemeinen durch den Markt festgesetzt mit Ausnahme von „Fairpreisen“ in Transport und Kommunikation; diese werden nach „Kostenformeln“ errechnet.	Alle Preise werden durch den Markt festgesetzt.
Subsystem unmittelb. Regulation	6. Die Instrumente der unmittelbaren Regulation		Anweisungen, die den gesamten Output der Betriebe betreffen und Zuteilung, die den Input der Betriebe festlegen.	Anweisungen und Zuteilungen betreffen die gesamte Produktion, mit Ausnahme der Landwirtschaft, des Handwerkes und des Einzelhandels.	Anweisungen und Zuteilungen betreffen die gesamte Wirtschaftstätigkeit in den durch den Staat kontrollierten Sphären.	Anweisungen und Zuteilungen betreffen die gesamte Wirtschaftstätigkeit im Transport- und Kommunikationswesen.	Keine Instrumente der unmittelbaren Regulation.

gleichem Maße die unmittelbare Regulation und die Selbstregulation vorhanden sind. Die erstere bezieht sich in der Regel auf das Transportwesen, das auch meist verstaatlicht ist, und auf einen Teil der Industrie. In diesen Bereichen übt der Staat durch das Wirtschaftsministerium und die Organe der mittleren Ebenen, die oft gleichzeitig als Organe der regionalen Verwaltung gelten, einen direkten Einfluß auf das Verhalten der Betriebe und auf den zu erwartenden Output aus. Die Preise in diesen Bereichen werden dann basierend auf der „Kostenformel“ errechnet. Die Marktmechanismen sind in den Bereichen wirksam, die außerhalb der Kontrolle liegen. Normalerweise fallen unter diese Bereiche die Landwirtschaft, das Handwerk, der Handel und die nicht kontrollierten und nicht strategisch bedeutsamen Bereiche der Industrie¹⁷.

- c) Das *quasi-laissez-faire-Modell* zeichnet sich durch die Dominanz des freien Marktes und das marginale Auftreten des unmittelbaren staatlichen Einflusses aus. Normalerweise übernimmt der Staat in einem solchen Modell das Transportwesen und Infrastruktur. Das führt sehr oft zur Verstaatlichung der Eisenbahn unter Berücksichtigung militärischer Gesichtspunkte und zur Intensivierung der Entwicklung der Verkehrsnetze. In allen anderen Bereichen der Wirtschaftstätigkeit gelten ausschließlich die Marktregeln¹⁸. (Siehe Tabelle 5).

Diese Kombination von unmittelbarer Regulation und Marktregulation ist nur dann möglich, wenn deren Einflußfelder präzise abgegrenzt werden, was in der Praxis jedoch fast unmöglich ist. Die verschiedenen Einflußbereiche, die nach dem Produktionsprinzip differenziert worden sind, überlappen sich sehr oft, was direkt zu einer Verdrängung der Marktverhältnisse durch die Direktiven führt, die durch die Wirtschaftszentrale ausgegeben werden. Die unmittelbare zentralgelenkte Regulation erweist sich immer stärker als der komplizierte und störungsanfällige Marktmechanismus. Der letztere bedarf deswegen gemäß der neoliberalen Theorie des Schutzes durch „konstituierende“ und „regulierende“ Prinzipien (Eucken, 1960, S. 254 ff.)

7. Kombination D

Unmittelbare – mittelbare und Selbstregulation – Gesamttypologie der Wirtschaftssysteme

In der bisherigen Analyse wurden nur zwei Arten der Regulation und deren Kombinationen untersucht. Obwohl diese Modelle sehr wenig gemeinsam haben mit der wirtschaftlichen Praxis, gestatten sie es, die Eigenschaften jedes dieser Zweiregulationsmodelle darzustellen.

In der Kombination D wird angenommen, daß alle drei Formen der Regulation parallel auftreten. Diese Kombination ist in Wirklichkeit die häufigst auftretende Form der Kombination, die sich in allen realen Systemen findet. Jedes reale System beruht also auf allen drei Arten der

Regulation. Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Systemen sind demnach eine Folge des verschieden großen Anteils aller Regulationen, die zusammen ein Ganzes ergeben. In Systemen nach sowjetischem Muster überwiegt zum Beispiel die unmittelbare Regulation. In Jugoslawien und in Ungarn dominiert die mittelbare Regulation, in den hochentwickelten Ländern Nordamerikas und Europas spielt die Marktregulation die führende Rolle. Der dreidimensionale Ansatz beruht auf der Grundannahme, daß zwischen allen drei oben erwähnten Typen der Regulation ein reziprokes Verhältnis besteht, d. h. je stärker der Einfluß der unmittelbaren Regulation auf die Wirtschaftsprozesse ist, umso schwächer ist der Einfluß der beiden anderen Regulationen auf den Prozeß der Entscheidungsfindung in den Betrieben. Daraus ergibt sich, daß alle drei Regulationen ein Ganzes bilden. Dabei kann die Marktregulation auf dem Prinzip des „Restes“ beruhen und sich nur auf Bereiche erstrecken, in denen in erster Linie die unmittelbare und in zweiter Linie die mittelbare Regulation nicht in Frage kommen. Je größer der Grad der Einwirkung des Staates oder des Wirtschaftszentrums auf die Wirtschaft ist, desto weniger bleibt Raum für die Marktregulation. Je mehr man sich jedoch umgekehrt des Gebrauchs der zentralgelenkten unmittelbaren und mittelbaren Instrumente enthält, umso größeren Raum nimmt der Markt ein und ein umso größerer Raum bleibt für das Funktionieren des Wertgesetzes.

Aus den angeführten Thesen kann man eine Schlußfolgerung ziehen, nämlich daß in einem bestimmten Land zu einer bestimmten Zeit das bestehende Wirtschaftssystem ein Produkt des unmittelbaren und mittelbaren Einflußgrades des Wirtschaftszentrums auf die Wirtschaftsprozesse ist. Die Marktregulation ergibt sich aus dem Freiheitsraum, welchen die unmittelbare und mittelbare Regulation zulassen. Aus diesem dreidimensionalen Modell läßt sich auch ableiten, daß die Anzahl der realen Wirtschaftssysteme unbegrenzt groß sein kann, nämlich je nach dem Grad der Kombinationen der drei Regulationen.

Das Feld, auf welchem die real existierenden Systeme placiert sein können, wird in Form eines Dreiecks in der Darstellung 2 versinnbildlicht.

Auf diesem Dreiecksfeld kann man sechs Felder bestimmen, in denen ein Typ der Regulation *dominiert*, d. h. mehr als 33 Prozent umfaßt. Der zweite Typ ist *komplementär*, d. h. er umfaßt eine geringere Prozentzahl als der Typ der dominierenden Regulation. Die dritte Art der Regulation wirkt *ergänzend*. Die Namen der Modelle und deren Regulationseigenschaften werden in der Tabelle 6 dargestellt.

Viel schwieriger scheint es aber, praktisch die real existierenden Wirtschaftssysteme in dem oben gezeigten dreidimensionalen Modell und in den sechs Modellfeldern anzuordnen. Vielleicht bietet die Messung der Anteile der verschiedenen Preistypen im gesamten Preisbereich eine solche Möglichkeit.

Wenn man annimmt, daß in einem bestimmten Land, in dem eine bestimmte Anzahl verschiedener Produktarten hergestellt wird und von denen 35 Prozent den Charakter der „Kost-formula“-Preise haben,

Darstellung 2

Die Gesamttypologie der Wirtschaftssysteme

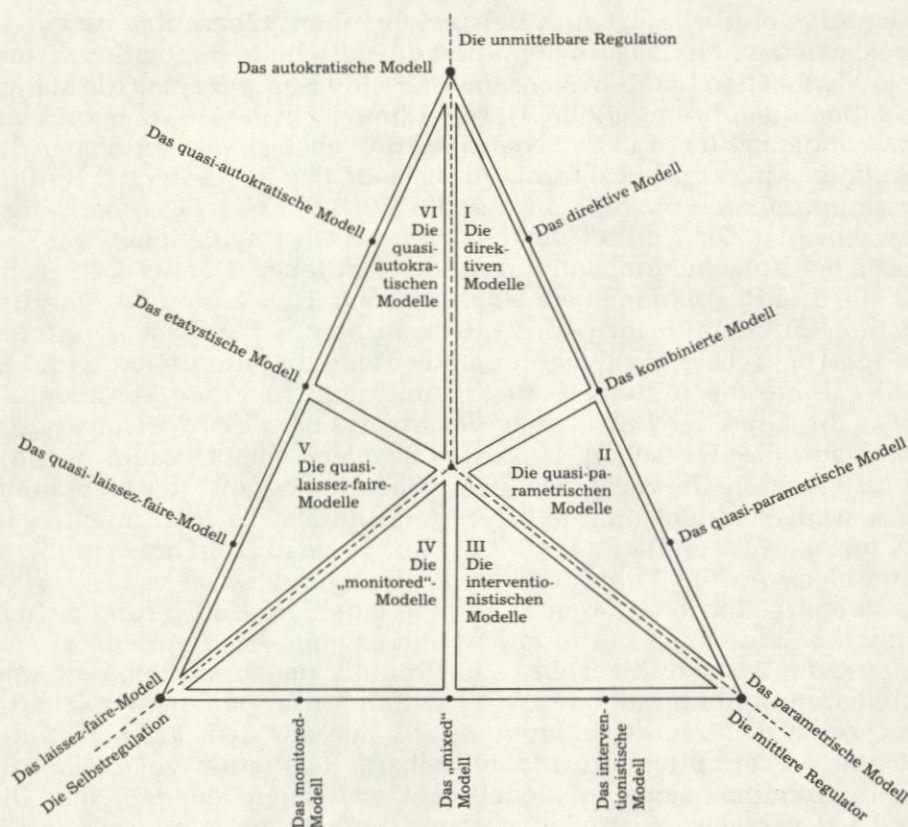


Tabelle 6

Die Arten der Wirtschaftssysteme (der dreidimensionale Ansatz)

Nr. des Feldes	Typen der Regulation Namen der Modelle	Dominieren- der Regula- tionstyp mehr als 33%	Komplemen- tärer Regula- tionstyp	Ergänzender Regulations- typ mehr als „0“
I	Die direktiven Modelle	unmittelbar	mittelbar	Selbstreg.
II	Die quasi-parametrischen Modelle	mittelbar	unmittelbar	Selbstreg.
III	Die interventionistischen Modelle	mittelbar	Selbstreg.	unmittelbar
IV	Die monitored-Modelle	selbstregu- liert	mittelbar	unmittelbar
V	Die quasi-laissez-faire- Modelle	selbstregu- liert	unmittelbar	mittelbar
VI	Die quasi-autokratischen Modelle	unmittelbar	selbstregu- liert	mittelbar

die selbst durch die Betriebe durch die Kostenkalkulation bestimmt werden, dann kann gesagt werden, daß in diesem Wirtschaftssystem 35 Prozent an unmittelbarer Regulation existiert. Wenn bei 25 Prozent der Produktion die Preise durch den Staat bestimmt werden als Ergebnis einer gezielten Staatspolitik, dann besteht 25 Prozent an parametrischer Regulation. Wenn 30 Prozent der Preise für Produkte, Dienstleistungen und Kredite, Lage usw. sich auf dem Markt als Effekt des Spieles zwischen Angebot und Nachfrage gestalten, dann kann festgestellt werden, daß in einem bestimmten Wirtschaftssystem 30 Prozent Marktregulation herrscht. Dieses Wirtschaftssystem besteht zu 35 Prozent aus unmittelbarer Regulation, zu 30 Prozent aus Marktregulationen und zu 25 Prozent aus der mittelbaren Regulation und kann im Feld IV, also im Feld der quasi-autokratischen Systeme angesiedelt werden. Die angewandte Methode läßt nur die Möglichkeiten erkennen, die sich aus dem Vergleich der Preissysteme ergeben, wenn man die verschiedenen Arten der Regulation vergleicht. Es kann sich jedoch als sehr schwierig erweisen, diese Methode praktisch anzuwenden, umso mehr, da man auch zwischen den Gütern der *ersten* und der *letzten* Ordnung unterscheiden muß und aufgrund dieser Unterscheidung verschiedene Gewichtungen bei den erreichten Prozentsätzen vornehmen sollte.

8. Die dynamischen Aspekte der Systemveränderungen: ihre Modifikationen und die Reformen

Die oben dargestellte Typologie der Wirtschaftssysteme ist ex definitione statisch und stellt nur die Basis dar, um die real existierenden Wirtschaftssysteme vergleichen zu können. In der Praxis aber sind diese Systeme absolut nicht statisch, ihre Organisationsstrukturen unterliegen Veränderungen, die Instrumente der Lenkung sind austauschbar, mit anderen Worten, die Systeme befinden sich in einer permanenten Evolution. Für das Wesen dieser Veränderungen werden in der Theorie sowie in den ökonomischen Publikationen verschiedene Begriffe und Bezeichnungen angewendet. Man spricht z. B. von Umwandlungen, Verbesserungen, von Modifikationen und von Reformen.

Die oben dargestellte Typologie gibt nach Meinung des Verfassers Anlaß, die Begriffe zu ordnen bzw. sie einem Vergleich zu unterziehen.

Als *Änderungen* können alle Arten des Wechsels verstanden werden, die in einem Wirtschaftssystem vorkommen, gleichgültig ob sie im Rahmen des Systems stattfinden oder ob sie zu einem Systemaustausch führen, ob sie sich nur innerhalb der Organisationsstruktur oder in den Regulationsinstrumenten vollziehen. Unter dem Begriff *Veränderungen* versteht man also jede Wandlung im real existierenden Wirtschaftssystem.

Viel komplizierter jedoch erweist es sich, den Begriff „*Wirtschaftsreform*“ definieren zu wollen, obwohl der Begriff sehr häufig in der

Theorie der Ökonomie und in der wirtschaftlichen Praxis gebraucht wird. Um über den Begriff Wirtschaftsreform sprechen zu können, müssen bestimmte Kriterien erfüllt sein. Das erste Kriterium besteht darin, daß die Veränderungen geplant und formuliert sein müssen und daß das politische und wirtschaftliche Zentrum des Landes die Grundlagen des neuen Systems akzeptiert. Zweitens muß es sich um Veränderungen handeln, die in der Praxis, und zwar in einem relativ kurzen Zeitraum und in einer bestimmten Abfolge der Aktivitäten durchgeführt werden. Drittens müssen die Veränderungen komplexer Natur sein, d. h. sie müssen sowohl die Organisationsstruktur des Systems als auch die Regulationsinstrumente betreffen. *Der Begriff Wirtschaftsreform wird also als Gesamtheit der geplanten Operationen und Arrangements betrachtet, die in relativ kurzer Zeit durchgeführt werden und die zu einem Umbau der Organisationsstruktur und zum Austausch der Regulationsinstrumente durch andere Instrumente führen.* Alle anderen Veränderungen, die nicht geplant sind, die sich über lange Zeiträume erstrecken und einen segmentären Charakter haben, können nicht als Wirtschaftsreformen bezeichnet werden. In diesem Fall kann man von Modifikationen sprechen. Diese Modifikationen beziehen sich entweder auf die Organisationsstruktur wie z. B. auf die Erhöhung der Zahl der Industrie- oder Funktionalministerien oder auf die Regulationsinstrumente, d. h. auf die Zunahme oder Abnahme der Anzahl dieser Instrumente. Die Modifikationen ziehen sich in ihrer Ausführung über eine relativ lange Zeit hin und erfolgen in nicht geplanten Sequenzen. Der dreidimensionale Ansatz der Typologie der Wirtschaftssysteme erlaubt es, den Begriff Wirtschaftsreform in drei verschiedene Typen der Reformen aufzugliedern. Man kann zwischen instrumentalen, strukturellen und nach Systemreformen unterscheiden.

- a) *Die instrumentale Reform*, so nimmt man an, findet dann statt, wenn Änderungen im Rahmen eines Systems oder in einem naheliegenden System, jedoch im Rahmen eines Feldes (siehe Darstellung 2) vorgenommen werden und wenn es nicht zur Ersetzung der unmittelbaren durch die mittelbaren Instrumente oder zum Austausch der Einlinienstruktur durch die funktionale Struktur und vice versa kommt. Hierbei dreht es sich also nur um *quantitative* Veränderungen. In diesem Sinne ist die Dezentralisation des Lenkungssystems, die in den osteuropäischen Staaten oft verkündet wird, als eine Art instrumentale Reform zu betrachten. Es werden dabei nur Kompetenzen von oben nach unten delegiert und nicht unmittelbare Instrumente durch mittelbare Instrumente oder eine Linienstruktur durch eine funktionale Struktur ersetzt. Solche Veränderungen haben normalerweise einen kurzfristigen Charakter und können sehr leicht aufgehoben werden. Es genügt, die früher delegierten Kompetenzen zurück an die zentrale Ebene zu verweisen, wie es in Zeiten von Wirtschaftsschwierigkeiten häufig der Fall ist. Das System kehrt dann zurück zu einer Ausgangsbasis.
- b) Als *strukturelle Reform* kann die geplante und durchgeführte Ersetzung eines Systems durch ein anderes, d. h. durch das Auswechseln

eines Strukturtyps durch einen anderen und eines Regulationsinstrumentes durch ein anderes betrachtet werden. Diese Reformen spielen sich im Rahmen der Kombinationen A, B und C ab. Sie führen zur Ablösung der „dominierenden“ Regulation durch die „komplementäre“ Regulation (siehe Tabelle 6). Es wird z. B. die unmittelbare Regulation durch die mittelbare Regulation in der Kombination A und die mittelbare Kombination durch die Selbstregulation in der Kombination B abgelöst. Solche strukturellen Reformen in der Kombination A sind in Ungarn (1967), in der ČSSR (1968) oder in Polen (1981) proklamiert worden. In der Kombination B sind Reformen dieser Art 1950 in Japan mit dem National Resources Development Law oder in Frankreich mit der Gründung des Commissariats du Plan 1946 durchgeführt worden.

- c) Als *Systemreform* kann die geplante und durchgeführte Auswechslung einer Kombination durch eine andere Kombination verstanden werden. Hierbei wird die dominierende oder die komplementäre Regulation durch die ergänzende Regulation ersetzt. Diese Systemreformen verändern das System in ein anderes und führen z. B. zur Abschaffung und Verminderung des unmittelbaren Einflusses des Staates, wenn ein System von der Kombination A in die Kombination B übergeht. Eine Reform dieser Art finden wir beispielsweise 1952 in Jugoslawien bzw. 1948 zur Zeit der Währungsreform in Deutschland. Reformen können auch ganz umgekehrt zur Abschaffung des Marktes und zur Systemverschiebung von der Kombination B zur Kombination A führen, was nach dem Kriege in den Ländern des Ostblocks geschah. Diese Veränderungen können mit einer sozialen Revolution im politischen System verglichen werden.

Die instrumentalen Reformen – die einfachsten Reformen – werden am häufigsten realisiert, Systemreformen treten sehr selten auf und sind mit großen politischen Umwälzungen verbunden.

9. Die inneren und die äußeren (politischen) Ursachen der Systemveränderungen

Wirtschaftssysteme entwickeln sich, sie bewegen sich auf einem Feld, das durch drei verschiedene Regulationen bestimmt wird. Allgemein betrachtet können die Ursachen dieser Bewegungen entweder im innerwirtschaftlichen oder im politischen Bereich liegen. Die im System immanenten Ursachen beruhen auf dem Problem der gegenseitigen Auswirkung der drei Regulationen aufeinander und ihres gemeinsamen Funktionierens miteinander. Nach Auffassung des Verfassers scheint die stärkste und gleichzeitig gefährlichste Regulationsform die unmittelbare Regulation zu sein. Die „manuelle“, direktive Regulation ist für die Zentralorgane immer das Einfachste und im Falle irgendwelcher Komplikationen werden die adressierten, unmittelbaren Instrumente am häufigsten genutzt. Dies bedeutet, daß eine objektive Tendenz in sozialistischen Systemen vorhanden ist, in erster Linie den Bereich der unmittelbaren Regulation und in zweiter Linie den der

mittelbaren Regulation zu erweitern. Das alles geht jedoch auf Kosten der Marktregulation. Andererseits besteht aber eine von unten kommende Tendenz der Erweiterung des Bereichs der freien Preise. Die Grundsubjekte, die in diesem „freien“ Bereich handeln, sind meistens effektiver als die Grundsubjekte im „unmittelbaren“ oder im „mittelbaren Bereich“. Sie entwickeln sich effektiver und ihre Produktion erreicht im Wirtschaftssystem stufenweise einen größeren Anteil. Ohne staatliche Kontrolle von oben könnte diese Tendenz zu einer ökonomischen Verdrängung der beiden anderen Bereiche der Staatsregulation führen. So eine Verdrängung ruft normalerweise in sozialistischen Systemen Gegenmaßnahmen des Staates hervor und führt entweder dazu, daß Teile des freien Bereichs unter die unmittelbare Kontrolle des Staates gelangen oder es führt zur Lockerung der durch den Staat vorgenommenen Preisgestaltung. Die Richtung und die Stärke dieser Tendenzen hängen nicht nur von den inneren Beziehungen des Systems ab, sondern in erster Linie von den Veränderungen, die im politischen System vorsichgehen. Verallgemeinernd kann man feststellen, daß jede Art der Regulation ihre politischen Anhänger hat. So wird die unmittelbare Regulation in der Regel von totalitären Parteien wie der faschistischen bzw. der kommunistischen unterstützt. Die Aussage der mittelbaren Regulation scheint in der Nähe der Programme der sozialistischen oder der sozialdemokratischen Parteien angesiedelt zu sein. Die liberalen Parteien unterstützen die Idee der Wirtschaftsregulation durch den Markt und durch regulierende Prinzipien.

Veränderungen im politischen Umfeld, d. h. Veränderungen in der Regierung schaffen in der Regel Bedingungen zur Erweiterung der Bedeutung einer der drei Regulationen. So sind die strukturellen Reformen in den Ostblockstaaten (Kombination A), die in Richtung parametrisches System gehen, normalerweise das Ergebnis der Stärkung des sozialdemokratischen, reformerischen Flügels innerhalb der kommunistischen Partei, die seit den Vereinigungskongressen in den vierziger Jahren in der kommunistischen Partei vorhanden sind. Die sozialdemokratischen Strömungen sind häufig Ergebnisse sozialer Unruhen oder der Veränderungen in der Machtelite. Die sich wiederholende Verschiebung des Systems in Richtung des autokratischen Systems ist hingegen ein Ergebnis der Stärkung des antireformistischen, prosovjatischen, kommunistischen Flügels in der regierenden Partei. Die Bewegung der Wirtschaftssysteme der westlichen parlamentarischen Demokratie, die zwischen dem Laissez-faire-System und dem parametrischen System stehen (Kombination B), hängt auch graduell davon ab, ob die liberalen konservativen oder die sozialdemokratischen Parteien die Macht ausüben. Wächst die Rolle der sozialdemokratischen Partei, erhöht sich in der Regel die Bedeutung der mittelbaren Regulation, und es kommt zu einer Verstärkung der staatlichen Intervention, so wie es das Beispiel der Bundesrepublik Deutschland in den siebziger Jahren nach dem Machtwechsel 1969 zeigt. Der Sieg der liberalen Parteien hingegen verschiebt in der Regel das Wirtschaftssystem wieder in Richtung der Marktregulierung (siehe Großbritannien).

Im Mittelpunkt der Arbeit stand der dreidimensionale Ansatz, um eine Typologie der Wirtschaftssysteme zu erarbeiten. In diesem Zusammenhang erhebt sich auch die Frage nach der Richtigkeit der Konvergenztheorie, der Theorie über die Annäherung der verschiedenen Wirtschaftssysteme. Aus den oben gemachten Erwägungen scheint zu resultieren, daß die Systemveränderungen in West und Ost dahingehend wirken, daß die Systeme sich eher in Richtung des dritten parametrischen Modells entwickeln als sich einander annähern. Entscheidend ist hier eher, daß beide Wirtschaftsordnungen in immer größerem Ausmaß die mittelbare Regulation einsetzen und nicht, daß die osteuropäischen Wirtschaftssysteme den „Markt“ und die westlichen Systeme den „Plan“ in wachsendem Maße einsetzen.

Die Problematik der systembedingten und der politischen Ursachen der Dynamik der Wirtschaftssysteme wird in dieser Abhandlung nicht genauer untersucht. Sie wurde nur sehr knapp skizziert, um die neuen Möglichkeiten, die sich aus diesen Ansätzen ergeben, aufzuzeigen. Hier müssen weitere Forschungen ansetzen.

Mit diesem Beitrag wurde ein weiterer Klassifizierungsversuch der Wirtschaftssysteme unternommen. Dabei wurde versucht, von Beurteilungen abzusehen, die eine höhere bzw. niedrigere Effektivität dieses oder jenes Idealtyps suggerieren könnten. Besonders interessant bleibt die Frage, ob eine Evolution des Systems in Richtung des parametrischen Modells eine höhere Effektivität hervorbringen würde oder ob sie nur eine Scheinverbesserung darstellte. Das Problem muß offen bleiben, es wäre aber der Interpretation und der praktischen Untersuchung wert.

Anmerkungen

- 1 Diese Denkungsweise ist bis heute sehr oft in der Literatur der Ostblockländer zu finden. Speziell muß man hier auf sowjetische Autoren und auf Autoren der DDR verweisen, nach deren Meinung nur kapitalistische bzw. sozialistische Systeme bestehen.
- 2 Diese Querverbindungen sind vergleichbar der „rationing transactions“ im amerikanischen Institutionalismus. (Schüler 1984). Sie umfassen aber nicht die quantitativen Produktions- und Investitionsgestaltungen oder -verbote, die nach dem hier präsentierten Konzept zu den vertikalen Verbindungen gezählt werden.
- 3 Die theoretische Vision dieses Systems ist von O. Lange in seiner Schrift „On the Economic Theory of Socialism“ (1936) beschrieben worden. Es ist eine Vision eines Systems, in dem der Staat die Kontrolle über den Markt übernimmt und selbst versucht, mit Hilfe der Preise nach der Trial- und Errormethode die Wirtschaft zu steuern. In Langes Modell sind auf der Zentralebene im Zentralplan nur zwei Größen bestimmt: die Wachstumsrate des Nationaleinkommens und ein Teil der Akkumulation im Nationaleinkommen. Alles andere funktioniert wie in einem Marktsystem, allerdings mit der entscheidenden Ausnahme, daß die Preise sich nicht auf dem Markt bilden, sondern durch den Staat festgelegt werden.
- 4 Der Begriff „Lenkungssystem“ ist in diesem Sinne enger gefaßt als der Begriff Wirtschaftssystem, da er nicht die Selbstregulation im Wirtschaftssystem in Betracht zieht.

- 5 In der vorliegenden Arbeit wird eine Klassifikation der Organisationsstrukturen angewendet, die sehr weit in der Organisationslehre verbreitet ist. Sie ist einem sehr populären Lehrbuch mit dem Titel „Organisationslehre“ entnommen worden. Die Autoren dieses Buches W. Hill, R. Fehlbaum und P. Ulrich unterscheiden die folgenden Kombinationen der beiden Grenzstrukturen:
- a) – Linien-Organisation
 - b) – Stab-Linien-Organisation
 - c) – Organisation mit zentralen Dienststellen
 - d) – Unechte Funktionalorganisation
 - e) – Funktionale Organisation (Hill, Fehlbaum, Ulrich 1974, S. 200)
- 6 Dieses System mit begrenzten Austauschmöglichkeiten ist von Eucken als die „einfache zentralgeleitete Wirtschaft“ oder sogar als „Eigenwirtschaft“ gekennzeichnet worden. (Eucken, 1965, S. 79)
- 7 Dieses System hat im allgemeinen in den Ostblockländern in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre funktioniert. Oft wird es in der Literatur unter dem Namen „des stalinistischen Systems“ aufgeführt.
- 8 Nahe verwandt dem kombinierten Modell sind jene Systeme, die in den sogenannten sozialistischen Ländern nach den Reformen der sechziger Jahre (Ungarn, teilweise in der DDR und in der ČSSR) und in den siebziger Jahren (Polen) eingeführt wurden. Oft werden sie in der Literatur unter dem Namen „System sowjetischen Typs“ aufgeführt.
- 9 Verwandt dem quasiparametrischen System ist das System, das in Ungarn 1981 als Ergebnis der Reform des Zentrums eingeführt worden ist.
- 10 Im Rahmen des Forschungsprogramms, das von der Friedrich-Ebert-Stiftung finanziert wurde, hat der Autor einige Merkmale der oben gezeigten Tabelle zur Vergleichsanalyse der Lenkungssysteme in osteuropäischen Staaten verwendet. Der Maßstab orientierte sich an 13 Merkmalen. Jedem Merkmal wurden verschiedene Punkte für verschiedene Lenkungssysteme zugeschrieben: „0“ für das autokratische Modell, „1“ Punkt für das direktive Modell, „2“ Punkte für das kombinierte Modell, „3“ Punkte für das quasiparametrische Modell und „4“ Punkte für das parametrische Modell. Der komplette Maßstab geht von „0“ bis „52“ Punkte (4×13) und charakterisiert den Grad der Parametrisierung des Lenkungssystems. Die Analyse der real existierenden Systeme zeigt, daß folgende Länder am 31. Dezember 1984 folgende Punktzahlen aufweisen:
- UdSSR 15 Punkte (direktives System)
 - DDR 18 Punkte (direktives System)
 - ČSSR 22 Punkte (kombiniertes System)
 - Polen 33 Punkte (quasiparametrisches System) 1983 wies Polen noch 37 Punkte auf
 - Ungarn 43 Punkte (parametrisches System)
- 11 Diese Art der Kombination ist seit den dreißiger Jahren in den Marktökonomien bekannt. Die theoretische Grundlage für diese Kombination hat J. M. Keynes in seinem Buch „The General Theory on Employment, Interest and Money, 1936 gelegt.
- 12 Der Name „mixed model“ wurde aus der amerikanischen Literatur übernommen. Es ist ein Ausdruck, der auch die westeuropäischen Systeme bezeichnet. Er entspricht nicht dem deutschen Ausdruck „gemischtes System“, das in größerem Ausmaß die Kombination von Markt und Plan darstellt.
- 13 In Frankreich z. B. besaß die Regierung im April 1963 die Kontrolle über 80 Produktpreise, über die Mietpreise für Wohnungen, und in Paris kontrollierte die Regierung die Hotelpreise.
- 14 Man hat in den oben angeführten Forschungsarbeiten versucht, den Grad des staatlichen Interventionismus zu messen. Die vorgelegte Tabelle wurde durch solche Merkmale ergänzt wie Relationship of total tax collections to GNP (in %) und Relationship of government expenditures to GNP (in %). Der Grad beruht auf einem Maßstab, der von „0“ bis „25“ Punkten reicht. Die USA weisen 4 Punkte auf (Laissez-faire-System), die BRD 8 (monitored System), UK 12, Frankreich 14 (mixed System) und Jugoslawien 22 (parametrisches System)
- 15 Diese „freie Entfaltung“ ist in Wirklichkeit besonders auf die Konsumgütermärkte begrenzt durch die Absorption der Produktionsfaktoren im Bereich der unmittelbaren Regulation. Dieses Phänomen wird in der Literatur als „Mengersche Güterordnung“ bezeichnet.

- 16 Das System, das diesem Modell am nächsten kommt, war das System, das sich in der Sowjetunion aufgrund der Einführung der NEP 1921–1927 entwickelte.
- 17 Nach Auffassung des Verfassers läßt sich solch eine Kombination im Deutschen Reich während des 1. Weltkrieges und in Nazi-Deutschland während des 2. Weltkrieges beobachten. Dieses Phänomen ist unter dem Namen Kriegswirtschaft bekannt. 1918–1927 trat dieses Modell auch in Polen auf. In dieser Zeit nahm das Industrieministerium durch Anweisungen und Zuteilungen von Materialien Einfluß auf den verstaatlichten Teil der Industrie. Die geringe Produktion der staatlichen Betriebe führte 1927 zum Dekret des polnischen Präsidenten über die Beendigung der staatlichen Einflußnahme auf Industrie-, Handels- und Bergbaubetriebe und über deren Kommerzialisierung (in Dz. U. URP Nr. 25. Poz. 195/1927) Die Konsequenz aus diesem Dekret war eine deutliche Zunahme der Unabhängigkeit der Betriebe.
- 18 Sieht man von der mittelbaren Regulation ab, so funktioniert dieses System in Großbritannien, in Frankreich, in Schweden, in der Bundesrepublik Deutschland, also in Ländern, in denen die Eisenbahnen unter staatlicher Kontrolle stehen.

Literatur

- Balcerowicz I., (1978), System Gospodarczy. (Wirtschaftssystem). Instytut Rozwoju Gospodarczego SGPiS. (Manuscript). Warszawa.
- Bohnet A., (1985) Elemente einer allgemeinen Theorie der Wirtschaftsordnung. Beitrag zur 3. Tagung der Fachgruppe Wirtschaftswissenschaft zum Thema „Methoden und Kriterien des Vergleichs von Wirtschaftssystemen“ in Tutzing vom 1. bis 4. April 1985 (manuscript)
- Brus W., (1961). Ogolne Problemy Funkcjonowania Gospodarki Socjalistycznej. PWN, Warszawa. Deutsche Ausgabe: Funktionsprobleme der sozialistischen Wirtschaft. Frankfurt, 1971.
- Drewnowski J., (1947) Proba Ogolnej Teorii Gospodarki Planowej. (Ein Versuch der allgemeinen Theorie der Planwirtschaft). Trzaska, Ewert i Michalski, Warszawa.
- Eucken W., (1965) Die Grundlagen der Nationalökonomie, 8 Aufl. Berlin, Heidelberg, New York.
- Eucken W., (1960) Grundsätze der Wirtschaftspolitik. 3 Aufl. Tübingen und Zürich.
- Gutmann G., (1981) Volkswirtschaftslehre. Eine ordnungstheoretische Einführung. W. Kohlhammer, Stuttgart–Berlin–Köln–Mainz.
- Hensel K. P., (1977). Systemvergleich als Aufgabe. Gustav Fischer Verlag Stuttgart–New York. Herausgeber H. Hamel.
- Hill W., Fehlbaum R., Ulrich P., (1974) Organisationslehre, Bd. I Paul Haupt, Bern/Stuttgart, 1974
- Kornai J., (1973) Anti-Equilibrium. Teoria systemow Gospodarczych. Kierunki Badan. (Anti-Equilibrium. Die Theorie der Wirtschaftssysteme. Die Forschungsrichtungen). PWN. Warszawa.
- Keynes J. M., (1936) The General Theory of Employment, Interest and Money, London.
- Lange O., (1973) On the Economic Theory of Socialism. (Oekonomicznej Teorii Socjalizmu) 1936. In: Dziela, B. II. Socjalizm, PWE, Warszawa.
- Leipold, H., (1985) Wirtschafts-gesellschaftssysteme im Vergleich. Grundzüge einer Theorie der Wirtschaftssysteme. 4. neuerarbeitete und erweiterte Aufl. Stuttgart.
- Mesa-Lago C. (1972) A Continuum Model to Compare Socialist Systems Globally. Economic Development and Cultural Change. Fall.
- Montias J. M., (1970) Types of Communist Economic Systems, in C. Johnson, ed. Change in Communist Systems, Stanford: Stanford University Press, 1970 S. 117–134
- Neuberger E., Duffy J. W. (1976) Comparative Economic Systems: A Decision-Making Approach. Allyn and Bacon, Inc. Boston–London–Sydney.
- Schüller A., (1983) Property Rights und Ökonomische Theorie. Franz Vahlen. München.
- Smith A., (1937) The Wealth of Nations, Random House, Inc. New York
- Sulmicki P., (1971) Planowanie i zarzadzanie gospodarcze. (Die Planung und Wirtschaftsleitung). PWE, Warszawa.